



Auf dem Weg zur Supermacht Die Militarisierung der Europäischen Union

GERALD OBERANSMAYR

Als Anfang der 1990er Jahre der Ost-West-Konflikt beendet schien, wurde zwar viel über Abrüstung und die Verteilung einer so genannten Friedensdividende geredet, doch die europäischen Machteliten stimmten schon damals andere Töne an. EG-Kommissionspräsident Jacques Delors forderte 1990: „Europa muss ein Akteur auf der Weltbühne werden, der bereit ist, volle Verantwortung zu übernehmen.“¹ Michel Fennebresque übersetzte diese diplomatische Formulierung allgemein verständlich: „Europa ist dichter bevölkert und reicher als die USA. Um eine Rolle in der Weltpolitik zu spielen, muss es über militärische Kapazität gleicher Größe wie die USA verfügen.“² Diesseits des Rheins dieselben Töne: Michael Stürmer, Berater des deutschen Kanzlers Kohl: „Ja, es wird der stählerne Faden militärischer Macht eingewebt werden müssen in die Diplomatie, der Wille, sie zu gebrauchen, und die Fähigkeit zur Eskalation.“³ Auch in Deutschland formulieren Generäle geradliniger. Der damalige Generaltruppeninspektor der deutschen Bundeswehr, General Klaus Naumann: „Von nun an zählen nur mehr zwei Währungen in der Welt: wirtschaftliche Macht und militärische Mittel sie umzusetzen.“⁴

„Nur mehr zwei Währungen in der Welt“

Ab Anfang der 1990er Jahre wird die Militarisierung der EG/EU zügig vorangetrieben. Bereits im Vertrag von Maastricht (1992) werden die EU-Staaten angehalten „die Außen- und Sicherheitspolitik der Union aktiv und vobehaltlos“ zu unterstützen. Auch eine „gemeinsame Verteidigungspolitik“ wird bereits ins Auge gefasst und der Militärpakt WEU (Westeuropäische Union) zum „integralen Bestandteil“ der EU erklärt. Ebenfalls 1992 prescht die WEU mit den so genannten „Petersberg Aufgaben“ vor. Nicht näher definierte „Kampfeinsätze zur Krisenbewältigung“ sollten in Hinblick zum Aufgabenkatalog des westeu-

ropäischen Militärpaktes gehören. Mit dieser Bereitschaft zur territorialen Entgrenzung bei militärischen Interventionen eilte die WEU der NATO um einige Jahre voraus. Mit dem Vertrag von Amsterdam (1997) wurden diese „Petersberger Aufgaben“ Bestandteil des EU-Grundlagenvertrags. Die „gemeinsame Verteidigungspolitik“ soll durch eine „rüstungspolitische Zusammenarbeit“ der Mitgliedsstaaten untermauert werden. Parallel dazu werden erste europäische Interventionsstreitkräfte entwickelt: den Startschuss gaben die BRD und Frankreich bereits Ende der 1980er Jahre mit der Aufstellung der so genannten Deutsch-französischen Brigade, die 1992 unter Einbeziehung belgischer, spanischer und luxemburgischer Streitkräfte zum „Eurokorps“ weiterentwickelt wurde. Es folgten 1995 die land- und seebasierte „Out-of-area“-Truppen EUFOR und EUROMARFOR (Spanien, Italien, Portugal, Frankreich) und das deutsch-niederländische Korps sowie 1999 das deutsch-polnisch-dänische Korps.

Interventionstruppe von Zentralafrika bis zum Kaukasus

Enorme Dynamik gewann die EU-Militarisierung mit dem NATO-Krieg gegen Jugoslawien. Noch fielen Bomben auf Belgrad und Pristina, da wurde Anfang Juni 1999 beim EU-Gipfel in Köln die Weichen in Richtung einer eigenständigen EU-Streitmacht gelegt. Im Schlussdokument heißt es:

„Die Union (muss) die Fähigkeit zu autonomem Handeln, gestützt auf ein glaubwürdiges Militärpotential, sowie die Mittel und die Bereitschaft besitzen, dessen Einsatz zu beschließen, um – unbeschadet von Maßnahmen der NATO – auf internationale Krisensituationen zu reagieren. [...]“

Wir verpflichten uns daher, auf den Ausbau von wirksameren europäischen militärischen Fähigkeiten auf der Grundlage der bestehenden nationalen, binationalen und multinationalen Fähig-

keiten hinzuwirken und zu diesem Zweck unsere eigenen Fähigkeiten zu stärken. Dies erfordert weiterhin nachdrückliche Verteidigungsanstrengungen, [...]“

Wir erkennen ferner an, dass nachdrücklich Bemühungen zur Stärkung der industriellen und technologischen Verteidigungsbasis erforderlich sind, die nach unseren Vorstellungen wettbewerbsfähig und dynamisch sein soll. [...] Wir werden daher zusammen mit der Industrie auf eine engere und effizientere Zusammenarbeit der Rüstungsunternehmen hinarbeiten. Wir werden uns um weitere Fortschritte bei der Harmonisierung militärischer Erfordernisse und der Rüstungsplanung und -beschaffung bemühen, soweit sie die Mitgliedstaaten für angebracht halten.“⁵

Von nun an ging es Schlag auf Schlag: Noch im Dezember 1999 wird beim EU-Gipfel in Helsinki die Aufstellung der so genannten EU-Interventionstruppe beschlossen, die in einem Radius von 4.000 Kilometern rund um die EU – das reicht von Zentralafrika über den Kaukasus bis hinter den Ural – zum Einsatz kommen soll. Bei einer so genannten „Geberkonferenz“ im darauffolgenden Jahr werden bereits rund 100.000 Mann/Frau, 100 Kriegsschiffe und 400 Militärflugzeuge für diese Interventionstruppe von den Mitgliedsstaaten zur Verfügung gestellt. Im Vertrag von Nizza im Jahr 2000 wird der Militärpakt WEU samt Führungsstruktur (Politisches- und Sicherheitspolitisches Komitee, EU-Militärausschuss, EU-Militärstab) in die EU integriert und damit die EU selbst in einen Militärpakt verwandelt.

„Nummer eins, überall, weltweit“

Ebenfalls noch im Herbst 1999 erfolgte ein rüstungsindustrieller Paukenschlag. Die 100-prozentige Daimler-Chrysler-Tochter DASA und die französische Aérospatiale Matra fusionierten zum nunmehr größten kontinentaleuropäischen Rüstungskonzern EADS (European Aeronautic and Defence Company). EADS

entwickelt sich rasch zum Flaggschiff der EU-Militarisierung im Bereich Luftfahrt, Raketentechnik und Weltraum. Die Auftragsbücher quellen über. Alleine von 2002 auf 2004 stieg der militärische Auftragsbestand von 22 auf 50 Milliarden Euro an. Das macht selbstbewusst. „In zehn Jahren sind wir die Nummer eins, überall, weltweit“⁶, kündigte der deutsche Co-Vorsitzende Rainer Hertrich an, dass man es bald auch mit der US-amerikanischen Konkurrenz aufnehmen werde. Bei den Rüstungsexporten sind die EU-Staaten erstmals an den USA und Russland vorbeigezogen und zur Nummer 1 in der Welt aufgestiegen. Die Zentralisierung der europäischen Rüstungsindustrie geht weiter. Derzeit wird die Fusionierung der deutsch-französischen Marinekapazitäten nach dem Vorbild von EADS vorbereitet, um auch in diesem Bereich an das Kriegswaffenpotential der USA heranzukommen. Freilich zeigt sich an Hand von EADS auch, dass imperialistische Widersprüche innerhalb der EU weiterwirken. Das zeigt sich am erbitter-

ten Ringen zwischen Berlin und Paris um die Kommandohöhen bei EADS ebenso wie beim Feilschen nationale Anteile bei industriellen und rüstungspolitischen Großprojekten der EU (z.B. Weltraumsatellitenprojekt *Galileo*, Eurofighter).

Weltweit einzigartig: Aufrüstungspflicht in Verfassungsrang

Im Dezember 2003 einigten sich die EU-Staats- und Regierungschefs auf eine künftige EU-Verfassung. Diese ist zwar durch die Referenden in Frankreich und den Niederlande auf Eis gelegt und wird möglicherweise erst in etwas abgespeckter Form wieder die politische EU-Agenda betreten, doch der Inhalt dieser Verfassung macht deutlich, wohin die Reise nach dem Willen der Mächtigen gehen soll. Wörtlich heißt es im Art. I-41, Abs. 3: „Die Mitgliedstaaten verpflichten sich, ihre militärischen Fähigkeiten schrittweise zu verbessern.“ Eine solche Aufrüstungspflicht ist wohl weltweit einzigartig. Sie macht Abrüstungsbefürworter de facto zu Verfassungsfein-

den. Durch die Aufnahme dieser Aufrüstungspflicht in die Verfassung wäre das Gebot zur Aufrüstung maximal einzementiert, also nur mehr veränderbar, wenn das Europäische Parlament, alle Regierungen und alle nationalen Parlamente gleichzeitig für eine Veränderung eintreten würden. Also faktisch unveränderbar – auf Generationen.

Damit diese Aufrüstungspflicht kein Papiertiger bleibt, kommt noch im selben Absatz des Artikel I-41 ein eigenes Rüstungsamt (Agentur für die Bereiche Entwicklung der Verteidigungsfähigkeit, Forschung, Beschaffung und Rüstung) zu Verfassungsehren. Aufgabe dieses Rüstungsamtes ist es, „zur Stärkung der industriellen und technologischen Basis“ der Kriegswaffenindustrie beizutragen „den operativen Bedarf“ an Kriegsgerät zu ermitteln, „Maßnahmen zur Bedarfsdeckung zu fördern“, als auch „diese Maßnahmen gegebenenfalls durchzuführen“. Diese Rüstungsagentur hat also auch exekutive Befugnisse. Entsprechend euphorisch bejubeln die Chefs der größten EU-Rüstungskonzerne EADS, BA-Systems und Thales dieses Amt in ganzseitigen Anzeigen als „historisches Ereignis“, das für die Rüstungsindustrie „von allergrößter Bedeutung“ ist⁷. Obwohl die EU-Verfassung noch gar nicht in Kraft ist, wurde dieses Rüstungsamt („Verteidigungsagentur“) bereits im Sommer 2004 gegründet und hat seine Arbeit bereits aufgenommen. Es ist unter anderem damit beauftragt, die Mitgliedsstaaten einem halbjährlichen „Rüstungscheck“ zu unterwerfen, um die Rüstungsfortschritte zu „evaluieren“. Durch die Verfassung soll es außerdem ermöglicht werden, ein eigenes Rüstungsbudget auf EU-Ebene einzurichten.

Europäische Sicherheitsstrategie: „Robustes Eingreifen“

Wofür braucht man diese Aufrüstungsschritte? Auch darauf gibt die Verfassung eine Antwort. Es geht um globale militärische Interventionsfähigkeit:

– „Die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik ... sichert der Union eine auf zivile und militärische Mittel gestützte Fähigkeit zu Operationen für Missionen außerhalb der Union.“ (Art. I-41, 1)

– Ziel dieser militärischen Missionen dienen u.a. der „Bekämpfung des Terrorismus [...] unter anderem auch durch Unterstützung für Drittstaaten bei der Bekämpfung des Terrorismus in ihrem Hoheitsgebiet.“ (Art III-309,1)

Das bedeutet die territorial unbeschränkte Selbstmandatierung des EU-



guernica

Zeitung für Frieden & Solidarität,
Neutralität und EU-Opposition

*Wir schreiben,
was andere verschweigen.
guernica-LeserInnen wissen mehr ...*

Ein kostenloses Probeexemplar kann angefordert werden bei:

Werkstatt Frieden & Solidarität, Waltherstr. 15, A-4020 Linz

Tel. (0732) 77 10 94, Fax (0732) 79 73 91, E-Mail office@werkstatt.or.at

www.werkstatt.or.at

guernica abonnieren - für den Frieden engagieren!

Ministerrates für globale Kriegseinsätze – auch ohne UNO-Mandat. Denn es ist eine Frage politischer Definition, ob jemand als Freiheitskämpfer oder Terrorist gilt; und diese Definitionsmacht schreibt sich der EU-Ministerrat zu.

In der so genannten Europäischen Sicherheitsstrategie haben die EU-Chefs im Dezember 2003 diese Strategie bereits konkretisiert. Dort heißt es:

„Bei den neuen Bedrohungen wird die erste Verteidigungslinie oftmals im Ausland liegen. [...] Wir müssen eine Strategie-Kultur entwickeln, die ein frühzeitiges, rasches und wenn nötig robustes Eingreifen fördert. Als eine Union mit 25 Mitgliedstaaten, die mehr als 160 Mrd. Euro für Verteidigung aufwenden, sollten wir mehrere Operationen gleichzeitig durchführen können. Damit wir unsere Streitkräfte zu flexibleren, mobilen Einsatzkräften umgestalten und sie in die Lage versetzen können, sich den neuen Bedrohungen zu stellen, müssen die Mittel für die Verteidigung aufgestockt und effektiver genutzt werden.“⁸.

Dann erfolgt eine Aufzählung jener Regionen und Länder, wo die EU an „robustes Eingreifen“ denkt: die gesamte arabische Welt, Mittelmeerraum, der Südkaukasus. Also wohl nicht zufällig jene Länder und Regionen, wo die weltweit größten Erdöl- und Erdgasvorräte liegen.

Hierarchisierung Europas gemäß militärischer Potenz

Ebenfalls in der EU-Verfassung ist die Bildung eines militärischen Kerneuropas angelegt. Diese so genannte „Ständige Strukturierte Zusammenarbeit“ (SSZ) soll jene Staaten verpflichten, die „anspruchsvollere Kriterien in Bezug auf die militärischen Fähigkeiten erfüllen“. (Art. I-41, 6) In einem Zusatzprotokoll zur SSZ sind die Kriterien aufgeführt, um zu den „militärisch Anspruchsvollen“ dazuzugehören. Eines ist, innerhalb von fünf Tagen Soldaten rund um die Welt zum Einsatz bringen zu können. Dieser innere Führungszirkel funktioniert strikt nach den Prinzipien von Upper-Class-Klubs: Die Klubmitglieder selbst können – nach dem Mehrheitsprinzip – darüber befinden, wer Einlass findet und wer wieder vor die Tür gesetzt wird. Diese Hierarchisierung Europas nach dem Kriterium militärischer Potenz wird vom Centrum für Angewandte Politikforschung, einem der bedeutendsten außenpolitischen Think-Tanks der deutschen Außenpolitik, bereits unverschämt offen propagiert: „Die militärische Führung muss von einem Triumphirat (orig.: *trirectoire*) aus Großbritannien,

Frankreich und Deutschland ausgeübt werden. [...] Während solcher Operationen müssen sich die Einheiten anderer Nationen der vollständigen militärischen Führung der Führungsnationen unterwerfen.“⁹ Von größter Bedeutung insbesondere für die deutschen Machteliten sind die Einschränkung der Vetomöglichkeiten und die Neubemessung der Stimmgewichte nach den Bevölkerungsverhältnissen. Dadurch verdoppeln sich die Stimmgewichte Deutschlands, die Frankreichs und Großbritanniens steigen ebenfalls noch um rund 45 Prozent. Die großen Verlierer dagegen sind die kleineren Staaten, deren Stimmpotenzial sich zwischen 30 und 65 Prozent verkleinert. Diese Neuverteilung der Stimmgewichte und die weitere Hierarchisierung des politischen Entscheidungsprozesses wollen die Berliner Machteliten um jeden Preis durchsetzen, auch wenn der Verfassungstext in der ursprünglichen Verfassung nicht mehr zu retten wäre.

Headlinegoal 2010: Globaler militärischer Akteur“

Mit dieser Reformierung der Entscheidungsstrukturen sollen stabile rechtliche Rahmenbedingungen für die Militarisierung der EU geschaffen werden. Freilich kommt die Militarisierung auch jetzt schon schnell voran. Beim EU-Gipfel in Brüssel Mitte Juni 2004 haben die EU-Staatschefs einen ambitionierten Fahrplan in Richtung globale Kriegsfähigkeit abgenickt. Im so genannten „Headlinegoal 2010“ werden die Meilensteine benannt, mit denen die EU bis 2010 „als globaler Akteur“ in der Lage sein soll „mit raschen und entscheidenden Aktionen das volle Spektrum an Krisenmanagement-Operationen“ abzudecken.

Zu diesen Meilensteinen gehören:
Ab 2004: – Einrichtung einer eigenen militärischer Planungszelle im Rahmen des EU-Militärstabes, um EU-Militäraktionen unabhängig von der NATO durchzuführen.

– Einrichtung einer Rüstungsagentur, um militärische Großprojekte anzukurbeln und abzustimmen.

Ab 2005: – Einrichtung einer strategischen EU-Militärtransport-Koordination – Einrichtung eines Europäischen Lufttransportkommandos (EAC).

Ab 2007: – Vollständige und globale Einsatzbereitschaft der superschnellen EU-„Schlachtgruppen“ (engl. Original: „battle-groups“).

Ab 2008: – Verfügbarkeit von Flugzeugträger und Eskortverbänden für weltweite EU-Militäroperationen.

ab 2010: – Herstellung einer umfassenden Netzwerkriegsführung unter Einbeziehung des Weltraum: „Geeignete Vernetzung aller Kommunikationsebenen, sowohl der terrestrischen als auch der im Weltraum stationierten.“

Bis 2010 soll die EU dadurch in der Lage sein, weltweit „Entwaffnungsaktionen“ durchzuführen. Die beiden EU-Militärwissenschaftler Gerald Quille (ISIS) und Fraser Cameron (EPC) bekennen offen, dies können „vom Schutz von UN-Inspektoren bis zur eine Invasion a la Irak“, schlichtweg alles beinhalten¹⁰.

Neue Atomwaffen „für nuklearen Ersteinsatz“

Für die notwendigen Rüstungsprogramme läuft die EU-Rüstungsindustrie bereits auf Hochtouren. Alleine die 20 größten Rüstungsprojekte, die derzeit in den EU-Staaten laufen, verschlingen rund 550 Milliarden Euro¹¹ Das entspricht dem jährlichen Sozialprodukt von Finnland, Schweden und Dänemark zusammengenommen.

Sie umfassen vor allem jene Gattungen, die für Angriffskriege a la Golfkrieg prädestiniert sind: neue Kampfflugzeuge, Kampfhubschrauber, Militärtransporter, Schlachtschiffe, Flugzeugträger, Militärsatellitensysteme, Marschflugkörper, Raketenabwehrsystem und – last but not least – die Modernisierung der Atomwaffenarsenals. Wohl nicht zufällig sollen ebenfalls bis 2010 eine neue Generation französischer Nuklearwaffen einsatzbereit sein, so genannte „Mininukes“. Diese miniaturisierten Atomwaffen sollen unmittelbar auf dem Schlachtfeld zum Einsatz kommen können, denn das seien – wie es die französische Außenministerin Alliot-Marie formulierte – „Atombomben, mit denen man ein Blockhaus treffen und in seinem Inneren eine Atomexplosion auslösen“ kann (*Liberation*, 27.10.2004). Die hochhoffizielle Berliner *Stiftung Wissenschaft und Politik* sieht durch diese neue Waffengattung für Paris die Möglichkeit „eines gezielten nuklearen Ersteinsatzes“¹² gegeben. In Berlin liebäugelt man heftig mit der „europäischen Atombombe“, um auch selbst in die Mitverfügung über die ultimativste aller Waffen zu kommen. In einem deutsch-französischen Papier zweier regierungsnaher Politikinstitute heißt es: „Die reformierte Force des Frappe wird nur dann ihre abschreckende Wirkung voll entfalten können, wenn sie von den europäischen Partnern als eine Option europäischer Sicherheitspolitik anerkannt wird. Die EU verfügt über alle notwendigen Instrumente, um von politischen

*Druck über wirtschaftliche Sanktionen bis hin zur Drohung eines Einsatzes konventioneller und nuklearer militärischer Mittel alle Stufen der Eskalationsleiter abzurufen. Dies kann in dem immer noch sehr heterogen strukturierten Gesamt-rahmen von GASP/ESVP jedoch nur dann in effizienter Weise geschehen, wenn alle Instrumente auf EU-Ebene koordiniert und in eine gemeinsame Strategie integriert werden.*¹³

Schlachtgruppen für Dschungel, Wüste, Hochgebirge und Häuserkampf

Die schnelle Kavallerie der zukünftigen high-tech-Kriege sollen die so genannten EU-Schlachtgruppen („*battle groups*“) werden. 13 solcher Verbände zu jeweils 1.500 bis 2.000 Mann/Frau sollen bis 2007 einsatzbereit sein. Nomen est omen: Jede dieser Schlachtgruppen soll für „robuste Einsätze“ in einem bestimmten geografischen und klimatische Einsatzgebiet präpariert werden. Kein Flecken dieser Erde soll mehr sicher sein vor europäischer „Machtprojektion“. Dem Gegner soll keine Zeit zur Vorbereitung bleiben. Die „Blitzkrieger“ sollen innerhalb weniger Tage zum Einsatz kommen, um – wie Solana andeutet – „am Boden ein Klima für den Einsatz weiterer Truppen zu schaffen“ (Eupolitix.com, 5.4.2004) Also zuerst die Rambos von den „Schlachtgruppen“, dann die Kolonialverbände der EU-Interventionstruppe.

Stolz verweist der deutsche Generaltruppeninspekteur General Wolfgang Schneiderhan, dass diese Kräfte für „*ähnliche Operationen wie die am Balkan, in Afghanistan oder am Horn von Afrika*“ vorbereitet werden. Was zählt sind „*schnelle Verfügbarkeit ohne lange Vorbereitungszeit für häufig langdauernde Einsätze*“. Deshalb werden die deutschen Spezialkräfte derzeit für bewaffnete Einsätze „*in allen klimatischen Zonen auf der Erde*“ ausgebildet, so z.B. in Trainingslagern im französischen Guayana (Dschungel), in Norwegen (Gebirge) und Arizona (Wüste).¹⁴ Dazu passend wird in einem „Diskussionspapier“ der Stiftung Wissenschaft und Politik (Berlin) ange-mahnt, die „*Befähigung der Bundeswehr für den Häuserkampf*“ zu verbessern, denn der Kampf der US-Truppen im irakischen Falludscha zeige, dass „*die Stadt das wahrscheinlichste Einsatzumfeld der Streitkräfte der Zukunft*“ sei. Die verbesserte Fähigkeit der Bundeswehr für den Häuserkampf könne der Bundeswehr eine „*Führungsrolle bei Militäroperationen in*

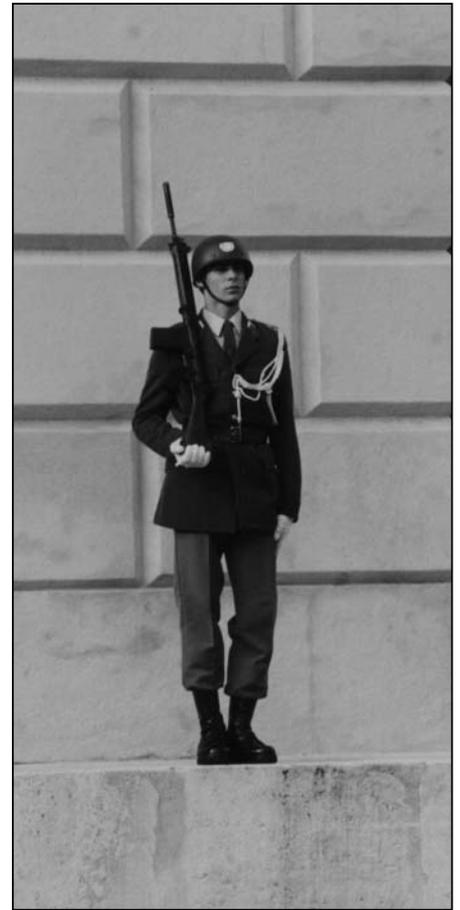
städtischem Gelände“ verschaffen und damit das Gewicht Deutschlands „*im militärischen Rahmen von EU-Battlegroups und NATO vergrößern*“.¹⁵

„Expeditionskriegszüge für ...“

Während die EU-Verfassung eine allgemeine Verpflichtung für Aufrüstung und Kriegsvorbereitung bereitstellen soll, wird hinter den Kulissen bereits an den Details gefeilt. Im Jahr 2004 hat der EU-Rat das so genannte *European Defence Paper* (EDP) beim Institut für Sicherheitsstudien in Auftrag gegeben hat. Das EDP erläutert auf 140 Seiten präzise die Ausgestaltung zukünftiger Kriege des europäischen Imperiums¹⁶. In diesem Papier nimmt man sich kein Blatt mehr vor den Mund: „*Die Transformation Europäischer Streitkräfte von der Landesverteidigung in Richtung Intervention und Expeditionskriegszügen ist eine unabdingbare Voraussetzung für eine effektive Europäische Sicherheitsstrategie*“ (S. 55). Die EU „*will mehr globale Verantwortung [...] und eine Strategie präventiven Engagements übernehmen*“. Dafür brauche man sowohl „*mobile, flexible und schnelle Streitkräfte für Expeditionskriegszügen*“ als auch Besatzungstruppen, um diese „*über sehr lange Zeiträume einzusetzen und aufrechtzuerhalten*“ (S. 7). Militärische Szenarien werden entwickelt, „*in denen die nationalen Atomstreitkräfte von EU-Mitgliedstaaten (Frankreich und Großbritannien) in die Gleichung entweder explizit oder implizit eingehen können*“ (S. 68).

„...Regionalkriege zur Verteidigung europäischer Interessen“

Über die Missionsziele für die imperialen Streitkräfte wird ebenfalls Klartext geredet: „*Stabilitätsexport zum Schutz der Handelswege und des freien Flusses von Rohstoffen*.“ (S. 13). Dafür gelte es – so heißt es wörtlich – „*Regionalkriege zur Verteidigung europäischer Interessen*“ (S. 80) zu führen. Dankenwerterweise klären die EU-Strategen darüber auf, was hinter dem so genannten „Antiterrorkampf“ tatsächlich steht: „*Künftige regionale Kriege könnten europäische Sicherheit und Wohlstand direkt bedroht werden. Bspws. durch die Unterbrechung der Ölversorgung und/oder einer massiven Erhöhung der Energiekosten, ... oder der Störung der Handels- und Warenströme*.“ (S. 81) Auch ein Vorbild für diese „Regionalkriege zur Verteidigung europäischer Interessen“ wird ausführlich dargelegt: der Golfkrieg von 1991. „*Europa kann seine Verteidi-*



gungspolitik nicht auf der Annahme aufbauen, dass es nicht größere militärische Herausforderungen im Mittleren Osten gibt, die von der gleichen oder sogar einer größeren Dimension als der Golfkrieg von 1990–1991 sind.“

„Von gleicher oder sogar größerer Dimension als Golfkrieg“

Zur Erinnerung: Im Golfkrieg Anfang der 1990er Jahre wurden ca. 300.000 IrakerInnen unmittelbar getötet. Die Folgetoten dieses Krieges – insbesondere aufgrund der Zerstörung der Infrastruktur und des Embargos – wird auf über eine Million geschätzt. In dieser Liga will die EU in Zukunft mitschießen. Auch die entsprechenden militärischen Planspiele werden bereits elaboriert: „*In einem Staat X am Indischen Ozean haben anti-westliche Elemente die Macht erlangt und benützten das Öl als Waffen, vertreiben westliche Bürger und greifen westliche Interessen an. Darüber hinaus haben sie mit der Invasion des Nachbarlandes Y begonnen, dessen Regime pro-westlich orientiert ist und eine zentrale Rolle beim freien Fluss von Öl in den Westen spielt. [...] Die EU interveniert gemeinsam mit den USA mit einer starken Streitmacht, um das Land Y zu unterstützen und ihre eigenen Interessen zu schützen. [...] Das militärische Ziel der Operation ist es, das besetzte Territorium zu*

befreien und Kontrolle über einige der Öl-Infrastrukturen, Pipelines und Häfen des Landes X zu bekommen. [...] Der EU-Beitrag besteht aus 10 Brigaden (60.000 Soldaten). Diese Landstreitmacht wird von 360 Kampfflugzeugen und zwei maritimen Einheiten, die aus 4 Flugzeugträgern, 16 amphibischen Schiffen, 12 U-Booten, 40 Schlachtschiffen, 2 Kommandoschiffen, 8 Unterstützungsschiffen und 20 Patrouillenschiffen bestehen, unterstützt.“ (S. 84)

„Kriege wagen und gewinnen“

Weil sich die imperialen Streitkräfte noch nicht in der Lage sehen, dieses Golfkriegsszenario zu verwirklichen, durchzieht die Klage über die „militärischen Defizite“ den Text von Anfang bis zum Schluss. „Die Fähigkeit Kriege in einem anspruchsvollen Szenario zu wagen und zu gewinnen ist noch sehr beschränkt.“ Denn: „Noch fehlt es der EU an militärischer Eskalationsdominanz“. (S. 105) Das soll sich ändern. Daher ist das allgemeine Credo klar: „Die militärischen Ausgaben müssen gesteigert werden.“ (S. 86). Die konkreten Vorgaben sind präzise. Hier nur ein Auszug, dessen was im EDP auf die Tagesordnung gesetzt wird:

– Erhöhung des Anteils der im Ausland einsetzbaren Streitkräfte von derzeit zehn auf 50 Prozent. Gemessen an den derzeitigen Mannstärken hieße das eine Ausweitung von 150.000 auf 750.000 Mann/Frau. Die Durchhaltefähigkeit bei „Expeditionskriegszügen“ soll von derzeit einem auf drei Jahre gesteigert werden. Gleichzeitig soll der Zeitraum, innerhalb dessen die Battlegroups weltweit schussbereit sind, extrem verkürzt werden. Ein erstes Bataillon soll bereits innerhalb von 48 Stunden marschbereit sein.

– Erhöhung der einsetzbaren Militärflugzeuge von derzeit 400 auf 600; Ausbau der Luftbetankungsmöglichkeiten, um den Einsatzradius für Kampf- und Transportflugzeuge erheblich auszuweiten, sowie der Präzisionsmunition, Abstandslenkwaffen und der Waffen zur Ausschaltung gegnerischer Flugabwehr, um die eigenen Verluste gering zu halten. Ein sofortiges 42 Milliarden Euro-Investitionspaket wird alleine im Bereich Lufttransport und Aufklärungskapazitäten für notwendig erachtet (S. 118). Die Militärausgaben im Bereich Forschung und Entwicklung sollen verdoppelt werden.

– Ausbau der militärischen Fähigkeiten im Bereich Kommando, Kontrolle, Kommunikation, Nachrichtendienst, Überwachung, Zielerfassung und Auf-

klärung. Dafür soll insbesondere die militärische Nutzung des Weltraums vorangetrieben werden. Das ist die Voraussetzung zur so genannten „Netzwerkzentrierten Kriegsführung“, wie sie die USA – so die Sichtweise der Verfasser des Papiers – so „eindrucksvoll“ vorgeführt haben. Ausbau der Transportgeräte in der Luft und zur See, um die Truppen weltweit verlegen zu können.

– Einrichtung eines Europäischen Multinationalen Kommandos zur See bestehend aus Flugzeugträgern, Schlachtschiffen, U-Booten, amphibischen Einheiten, usw. Denn „die anspruchsvolle Aufgabe ist die Machtprojektion, die aus der Kombination von Luftschlägen, Landangriffen und amphibischen Operationen besteht“ (S. 103).

– Einrichtung eines ständigen strategischen sowie eines mobilen Hauptquartiers, um bei Interventionen auf Perspektive nicht mehr auf NATO-Infrastruktur angewiesen zu sein.

„... bedient sich uneingeschränkt der Mittel internationaler Machtpolitik“

Wohin geht die Entwicklung der EU? Während Sonntagsreden oft über die „Friedensmacht“ Europa fabulieren, wird also hinter den Kulissen Klartext über die „Finalität“ der EU geredet. In einem Strategiepapier des *Centrums für Angewandte Politikforschung* wird diese folgendermaßen zusammengefasst: „Nur im Szenario Supermacht Europa wird das große Europa seinem objektiven Weltmachtpotential gerecht. Die Supermacht Europa verabschiedet sich endgültig von der Idee einer Zivilmacht und bedient sich uneingeschränkt der Mittel internationaler Machtpolitik. [...] Die Errungenschaften der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungsunion führen [...] zu einer Machtparität mit den Vereinigten Staaten.“¹⁷ Die EU-Verfassung, das Headlinegoal 2010, das *European Defence Paper*, die verschiedenen Hochrüstungsprojekte und Interventionstruppen laufen letztlich auf die Herausbildung einer militärischen und ökonomischen „Supermacht EU“ hinaus, die in die Fußstapfen der USA beim Kampf um die Weltmacht und die Weltmärkte tritt. Der Widerstand gegen die Herausbildung der Supermacht EU wird zur größten Herausforderung der emanzipativen Kräfte in Europa. Dieser Widerstand ist nicht chancenlos, weil er sich auf die Interessen großer Teile der Bevölkerung an Frieden und sozialer Absicherung stützen kann und weil dieser Prozess auch

innerhalb der herrschenden Eliten mit vielen Widersprüchen behaftet ist. Voraussetzung bleibt freilich, das Wolkenkuckucksheim der gängigen Europapropaganda zu verlassen und sich einen schonungslos realistischen Blick auf die EU-Entwicklung zuzumuten.

Anmerkungen:

1/ Delors, Jacques (1990): Delors seeks to cast EC in a bigger role. In: *Financial Times*, 13.9.1990.

2/ Fennebresque, Michel (1991). In: *Le Figaro*, 4.9.1992.

3/ Stürmer, Michael (1995): Die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU. Vortrag am 8.6.1995 in Graz. Österreichische Gesellschaft für Landesverteidigung und Sicherheitspolitik.

4/ Naumann, Klaus (1993). In: *Der Spiegel*, 18.01.1993.

5/ Schlusserklärung des EU-Gipfels in Köln, 4.6.1999.

6/ *Die Welt*, 27.4.2004.

7/ Eine starke europäische Verteidigungsagentur nützt allen – nutzen wir die Chance!, Inserat in deutschen Tageszeitungen am 15.6.2004.

8/ Europäische Sicherheitsstrategie, beschlossen am EU-Gipfel in Brüssel, 12.12.2003.

9/ Centrum für Angewandte Politikforschung: A European Defence Strategy, Bertelsmann Foundation, München 2004.

10/ European Policy Center, ESDP – The State of Play, September 2004.

11/ Oberansmayr, Gerald: Auf dem Weg zur Supermacht, 2004, S. 106ff.

12/ Stiftung Wissenschaft und Politik, Frankreichs Nuklearstrategie vor der Revision?, Jänner 2004.

13/ Deutsch-französisches Strategiepapier, ausgearbeitet von der Deutschen Gesellschaft für Außenpolitik und „Institut français des relations internationales“, Jänner 2004.

14/ Referat bei der Wehrpflichttagung, 25.5.2004, Berlin.

15/ SWP (2005): Stiftung Wissenschaft und Politik, Falludscha und die Transformation der Streitkräfte, Jänner 2005, Berlin.

16/ Institut für Sicherheitsstudien: European Defence – A proposal for a White Paper, Mai 2004.

17/ Centrum für Angewandte Politikforschung, Studie „Die Zukunft Europas“, München, Mai 2003.



Buchtip

Gerald Oberansmayr:
Auf dem Weg zur Supermacht. Die Militarisierung der Europäischen Union. Wien: Promedia 2004

Die Herrschenden: Auf der Suche nach Auswegen aus der Systemkrise (Österreich im Epochenjahr 1917, Teil 2)

HANS HAUTMANN

Geraten Herrschaftssysteme ins Wanken, begegnen die Machthaber der Bedrohung üblicherweise mit zwei Mitteln: entweder durch „Anziehen der Schrauben“, durch Verschärfung der Unterdrückung und Übergang zu diktatorischem Regieren, oder durch Lockerungen im ökonomischen, sozialen und politischen Bereich, durch Beschwichtigungsaktionen, durch Zugeständnisse an die Volksmassen.¹ Bleibt ihnen die erste Methode verwehrt, weil die Krise eine Dimension angenommen hat, die die Möglichkeiten des Einsatzes der herkömmlichen Repressionsinstrumente (Militär, Polizei, Justiz) bereits übersteigt oder zu riskant macht, wird zwangsläufig der alternative Weg beschritten. Österreich im Jahr 1917 bestätigt diese Regel. Die Maßnahmen, die damals die Herrschenden ergriffen, um der Situation Herr zu werden, haben in den historischen Darstellungen über den Ersten Weltkrieg bis heute kaum Beachtung gefunden, obwohl sie geradezu ein Schulbeispiel für den Versuch sind, Systemkrisen im Kapitalismus zu bewältigen.

Die Verschlechterung der militärischen Lage Österreich-Ungarns

Im Juni und Juli 1916 erlitten die österreichisch-ungarischen Streitkräfte an der Ostfront durch die Schläge der Brussilow-Offensive ihre bisher schwerste Niederlage und gerieten an den Rand des Zusammenbruchs. Die 4. und 7. Armee wurde von den russischen Truppen binnen zehn Tagen faktisch vernichtet; die Gesamtverluste des k.u.k. Heeres betragen 613.000 Mann. Von den rund 270.000 Soldaten, die in russische Kriegsgefangenschaft fielen, waren zwei Drittel Überläufer, ein Zeichen zunehmender Zersetzung des inneren Gefüges der kaiserlichen Armee.² Der fühlbarer werdende Mangel an Kohle und anderen Rohstoffen, die einer Katastrophe zutreibende Ernährungslage und die immer schärfer aufbrechenden Gegensätze zwischen den Nationalitäten führten Österreich im Herbst 1916 in die Situation des Herannahens einer revolutionären Krise, in der das § 14-Regime der im Juli 1914 errichteten Kriegsdiktatur zunehmend seine Wirksamkeit verlor.

Die führenden Kreise in Österreich sahen sich zu der Überlegung gezwungen, ob es im Interesse der Erhaltung ihrer Klassenherrschaft nicht geraten sei, den Krieg auf der Basis eines imperialistischen Verständigungsfriedens möglichst bald zu beenden. Die Anregung, den Ententemächten ein Friedensangebot zu unterbreiten, das von der Absicht getragen war, einerseits den im Krieg von den Mittelmächten eroberten Besitzstand weitgehend zu wahren und andererseits einen demagogischen Prestigeerfolg auf diplomatischem Parkett wie auch gegenüber den kriegsmüden Volksmassen zu erzielen, ging von Österreich-Ungarn aus.³ Der gemeinsame Minister des Äußeren Burian trug diesen Plan am 28. September 1916 Kaiser Franz Joseph vor und verhandelte darüber am 18. Oktober im schlesischen Pleß, dem militärischen Hauptquartier des Bündnispartners, mit dem deutschen Reichskanzler Bethmann Hollweg, der sich mit der Initiative einverstanden erklärte.⁴

Machtwechsel auf Regierungsebene

Die Entente lehnte das am 12. Dezember 1916 unterbreitete Friedensangebot der Mittelmächte brüsk ab. Was auf diplomatischer Ebene begonnen hatte, setzte sich aber in Österreich an der „inneren Front“ fort. Hier kam es in den letzten drei Monaten des Jahres 1916 zu einer dramatischen Veränderung der Lage, die jene Entwicklung einleitete, die man als den Übergang des herrschenden Systems auf Beschwichtigungskurs bezeichnen kann.

Am Nachmittag des 21. Oktober 1916 erschoss Friedrich Adler den k.k. Ministerpräsidenten Stürgkh im Speisesaal des Hotels Meißl & Schadn in Wien. Am 28. Oktober ernannte Kaiser Franz Joseph entgegen dem massiven Drängen der hohen Militärs, den zukünftigen Ministerpräsidenten aus ihren Reihen zu stellen, Ernest v. Koerber zum Nachfolger.⁵ Am 21. November starb Kaiser Franz Joseph, und sein Großneffe Karl bestieg den Thron. Dieser entließ Koerber am 15. Dezember und berief am 20. Dezember 1916 Heinrich Graf Clam-Martinic zum k.k. Ministerpräsidenten.

Die Schlüsselfigur der Wende war trotz der kurzen Amtszeit von nicht ganz zwei

Monaten Ernest v. Koerber. Er hatte bereits von 1900 bis 1904 als Regierungschef gewirkt und sich dabei als „Modernisierer“ erwiesen, als Repräsentant der „neuen“, gegenüber der Arbeiterbewegung und der Sozialdemokratie flexibler eingestellten Kapitalgruppe Chemie-Elektro. Koerber war es, der der Partei- und Gewerkschaftsführung die Einberufung eines „Arbeitertages“ am 5. November 1916 gestattete, auf dem vor über 1000 Delegierten, unter ihnen Vertreter des Militärs und der österreichischen Ministerien als Gäste, bittere Klagen gegen die unhaltbaren Zustände in den Kriegsleistungsbetrieben erhoben und Vorschläge zur Abhilfe unterbreitet wurden.⁶ Ebenso war es Koerber, der der Sozialdemokratie – erstmals im Kriege – die Abhaltung einer öffentlichen, frei zugänglichen Versammlungskampagne zum Thema Frieden erlaubte, die am 28. Dezember 1916 im Favoritner Arbeiterheim begann und sofort großen Zuspruch unter der Arbeiterschaft hatte. Koerber gehörte deshalb zu den ganz wenigen altösterreichischen Politikern der Monarchie, dem die Sozialdemokratie Achtung zollte.⁷

Umgruppierung im österreichischen Monopolkapital

Die um die Jahreswende 1916/17 ans Ruder gelangte Kapitalfraktion suchte der tiefen Krise, in die das Habsburgerreich geraten war, mit folgenden Mitteln beizukommen: *Außenpolitisch* durch rasche Beendigung des Krieges und Herbeiführung eines „Verständigungsfriedens“, wobei sie durchaus bereit war, auch eine Auflösung des Bündnisses mit dem Deutschen Reich in Kauf zu nehmen und einen Separatfrieden zu schließen, um die Monarchie zu retten. Folgerichtig trat sie dafür ein, Österreich-Ungarn aus der Rolle eines hilflos an Deutschland geketteten Satelliten zu lösen und eine eigenständige Politik gegenüber den Ententemächten zu betreiben. *Innenpolitisch* durch Rückkehr zum „verfassungsmäßigen“ Regieren; Wiedereinberufung des 1914 ausgeschalteten Parlaments; Dämpfung der nationalen Konflikte mit Hilfe weitreichender Reformen der Staatsgrundgesetze; Beseitigung der 1914 dem Militär übertragenen innenpolitischen und

justiziellen Machtbefugnisse; Versöhnungsschritte gegenüber den slawischen Völkern (Tschechen, Ruthenen, Slowenen), die in der ersten Kriegshälfte schweren Verfolgungen seitens der Militärgerichte ausgesetzt gewesen waren; Schaffung größerer politischer Bewegungsfreiheit für die Sozialdemokratische Partei und die Gewerkschaften, um die Kluft zu der in brodelnder Unzufriedenheit befindlichen Arbeiterschaft zu überbrücken; ökonomische und sozialpolitische Zugeständnisse an die Arbeitermassen.

Träger des neuen Kurses waren die „österreichisch-patriotischen“ Kreise des Großkapitals, die über Banken, Industrie und Handel schon lange vor 1914 gute Beziehungen zu den Westmächten gepflogen hatten und die erkannten, dass der Weg des von 1914 bis 1916 dominierenden „national-deutschen“ Flügels in eine Sackgasse gelangt war. Während die Ersteren in aller Regel die „modernen“ Industrien Chemie-Elektro verkörperten, rekrutierten sich die Letzteren aus der ökonomisch wie politisch traditionell „scharfmacherisch“ eingestellten Gruppe Kohle-Eisen-Stahl.⁹ Der Architekt der Formung der „österreichisch-patriotischen“ Fraktion und der Durchsetzung ihrer nun beginnenden (allerdings nur vorübergehenden) Vorherrschaft war Julius Meinel (1869–1944), dessen Kolonialwarengeschäft sich mit eigenen Produktions- und Veredelungsbetrieben und durch Ausbau zum dichtesten Massenfiliarsystem der Monarchie zu einer Wirtschaftsgröße ersten Ranges entwickelt hatte.

Zu den *politischen* Repräsentanten der Wende gehörten u.a. der seit 21. Dezember 1916 amtierende gemeinsame Minister des Äußeren und des kaiserlichen Hauses, Graf Ottokar Czernin, weiters der Finanzminister der Regierung Clam-Martinic, Alexander Spitzmüller, der Minister ohne Portfeuille Joseph Baernreither, selbstverständlich Ernest v. Koerber, der als lebenslanges Mitglied des Herrenhauses auch nach der Demission einflussreich blieb, die als liberale Rechtsgelehrte in hohem Ansehen stehenden Reichsratsabgeordneten Heinrich Lammasch (lebenslanges Herrenhausmitglied) und Joseph Redlich (Mitglied des Abgeordnetenhauses), der Herausgeber der wichtigsten wirtschaftspolitischen Zeitschrift der Monarchie „Der österreichische Volkswirt“, Gustav Stolper, und nicht zuletzt Kaiser Karl selbst. Da er als Staatsoberhaupt und höchster Inhaber der vollziehenden Gewalt es war, der die Ernennungen der Minister aussprach und die Regierungsakte fertigte, erschien er in der

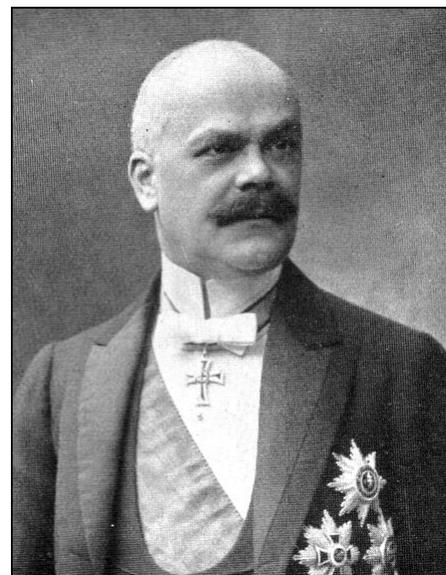
Öffentlichkeit als der eigentliche Urheber und treibende Motor der nun einsetzenden Veränderungen. Genauso wird es auch in jedem historischen Werk bürgerlich-personalisierenden Zuschnitts über Österreich im Ersten Weltkrieg dargestellt.¹⁰ In Wahrheit zeigte Kaiser Karl, dessen Charakter, Bildungsniveau und politische Befähigung von allen unbefangenen Zeitzeugen, die ihn als Herrscher näher kennen lernten, vernichtend beurteilt wird¹¹, nur an einem Interesse: die Monarchie zu erhalten und auf dem Thron zu bleiben. Ausschließlich dieses Streben war es, was ihn mit dem neuen Kurs der „wendigen“ Kapitalgruppierung verband, dessen Weichen – wie schon gesagt – bereits vor seinem Amtsantritt gestellt wurden und der zur Behebung der Existenzkrise des Habsburgerreiches als einziger Erfolg versprach. Man ersieht daraus, wie abgeschmackt eine Historiographie ist, die den bloßen Schein der Phänomene politischer Willensbildung in Klassengesellschaften für die Wirklichkeit hält und damit – einerlei, ob dem Trug ungewollt erliegend oder ihn bewusst vorgaukelnd – den eigentlichen, tieferen Ursachen nicht auf den Grund geht.

Ökonomische und sozialpolitische Zugeständnisse

Die nun das Staatsschiff steuernden „elastischen“ Kapitalkreise setzten im Winter 1916/17 und im Frühjahr 1917 unter dem immer stärker werden Druck der Arbeitermassen in rascher Folge gesetzliche Maßnahmen, mit denen der seit Kriegsausbruch währende Stillstand, ja Rückbildungsprozess auf dem Gebiet der Sozialpolitik zu Ende ging.

Mit Wirksamkeit vom 1. Dezember 1916 wurde das „Amt für Volksernährung“ errichtet.¹² Seine Aufgaben waren: Erfassung der Lebens- und Futtermittelvorräte, Verhinderung der Zurückhaltung von Vorräten, planmäßige Verteilung an die Konsumplätze, gerechte Aufteilung an die Masse der KonsumentInnen, technische Verbesserungen des Verteilungsapparats, angemessene Regelung der Preise – alles zum Zweck der „verlässlichen Sicherung des Durchhaltens im Kriege“.¹³ Dem „Amt für Volksernährung“ wurden lokale Preisprüfungsstellen, die so genannten „Kriegswucherämter“, eingegliedert. Sie sollten Preistreiberei, Lebensmittelwucher und Kettenhandel bekämpfen und die Zwischengewinne einschränken.¹⁴

Bemerkenswert war, dass dem „Amt für Volksernährung“ ein Direktorium als „gutachtliches und mitarbeitendes“ Or-



Ernest von Koerber (1850–1919)

gan beigegeben wurde, dem neben einem Großindustriellen, einem Großgrundbesitzer und zwei Vertretern des Militärs und der Behörden auch drei Reichsratsabgeordnete angehörten: Jodok Fink, Robert Freißler und *Karl Renner*. Damit war erstmals in der Geschichte der österreichischen Sozialdemokratie ein Mitglied dieser Partei in regierungsamtsliche Positionen berufen worden.¹⁵

Eine weitere Maßnahme, die die veränderte Situation widerspiegelte, war die am 26. Jänner 1917 erlassene Verordnung „über den Schutz der Mieter“.¹⁶

Gleich nach Kriegsbeginn hatte sich unter den Hausherrn die Tendenz bemerkbar gemacht, die Mieten zu erhöhen und jene, denen die Zahlung nicht möglich war, zu delogieren. Die private Bautätigkeit ruhte, weil das Kapital in anderen Sparten, etwa in der Kriegswirtschaft, eine viel rentablere Anlage fand. Durch den sich immer mehr ausdehnenden Apparat der Heeresverwaltung und den Zustrom von Flüchtlingen aus den Frontprovinzen (Galizien, Bukowina) wurde in den großen Städten jeglicher irgendwie verfügbare Wohnraum aufgesaugt. Die gesteigerte Nachfrage nach Wohnungen, der fast kein Angebot gegenüberstand, löste zwangsläufig Zinserhöhungen aus, und die gerichtlichen Kündigungen begannen sich zu mehren.

Trotz der unerträglichen Zustände verhielt sich die Regierung Stürgkh vollkommen passiv. Der Hausherr, sein Eigentum und sein Zins galten als Tabus, die man nicht anrühren durfte. Als aber 1916/17 jene kritische Situation für die herrschende Klasse eintrat, wurde eine Lösung des Problems unaufschiebbar. Der christlichsoziale Nationalrat Resch sagte 1922 im Parlament: „Wäre das



Julius Meinl (1869–1944)

Kündigungsverbot nicht erfolgt (...), so hätten wir soziale Unruhen erlebt.“¹⁷

Substanziell brachte die Mieterschutzverordnung eine Einschränkung des Kündigungsrechts auf wenige wichtige Gründe und schloss willkürliche, nicht gerechtfertigte Erhöhungen des Mietzinses aus. Kündigungsschutz und Mietzinsstopp waren einander wechselseitig bedingende Bestandteile, denn jede der beiden Beschränkungen musste ja für sich allein unwirksam bleiben.

Der Mieterschutz, in der Ersten Republik ein Politikum ersten Ranges, oft novelliert und dabei zumeist verwässert, ist über Jahrzehnte zur Grundlage des Mietrechts in Österreich geworden und in Teilen bis heute geblieben.

Am 8. Februar 1917 folgte die Verordnung über das *Verbot der Nacharbeit im Bäckergewerbe*.¹⁸ Sie untersagte „alle Arbeiten und Verrichtungen, die zur Bereitung von Brot oder sonstigen Backwaren in Bäckereien und Zuckerbäckereien dienen“, in der Zeit von 9 Uhr abends bis 5 Uhr früh. Das Verbot, das mit großer Verspätung ausgesprochen wurde (im Deutschen Reich war die Nacharbeit im Bäckergewerbe seit Kriegsbeginn untersagt), stand in Zusammenhang mit der alarmierenden Verschlechterung der Volksgesundheit, erfüllte eine alte Forderung der Arbeiterbewegung und kennzeichnete den Wandel, der in der Haltung eines Teils der herrschenden Klasse gegenüber sozialpolitischen Notwendigkeiten eingetreten war.

Schon Ende 1916 ließ das Ministerium des Inneren einen Gesetzentwurf ausarbeiten, der am 20. November 1917 vom Reichsrat verabschiedet wurde. Es war das Gesetz „*betreffend Änderungen des Krankenversicherungsgesetzes*“¹⁹, das

neben einer Erhöhung der Krankengelder auch die Gewährung von Schwangerschaftsunterstützungen und Stillprämien, ferner die Einführung der Angehörigenversicherung sowie eine vorbeugende Heilfürsorge beinhaltete.

Weitere sozialpolitische Maßnahmen des Jahres 1917 waren: eine Verordnung vom 4. Jänner, nach der Wöchnerinnen erst sechs Wochen nach ihrer Niederkunft wieder zu regelmäßigen gewerblichen Beschäftigungen herangezogen werden durften²⁰; eine Erhöhung des Unterhaltsbeitrages für Angehörige von Mobilisierten²¹; ergänzende Bestimmungen zur Unfallversicherung der ArbeiterInnen²²; und ein Gesetz über Fürsorgemaßnahmen für zivile Kriegsbeschädigte, ihre Angehörigen und Hinterbliebenen.²³

Auf arbeitsrechtlichem Gebiet war das wichtigste Zugeständnis die am 18. März 1917 verkündete Einrichtung der „*Beschwerdekommisionen*“.²⁴ Der § 1 der Verordnung legte fest, dass „den Personen, die in den militärischen Zwecken dienenden Betrieben beschäftigt sind, ein ihrer beruflichen Ausbildung und ihren Leistungen *angemessener*, durch die jeweiligen Lebens- und Arbeitsverhältnisse bedingter *Lohn zu gewähren*“ sei. Aufgabe der Beschwerdekommisionen war die Behandlung von Lohnforderungen oder von Begehren nach Änderung der Arbeitsbedingungen (Arbeitszeit, Arbeitspausen, Sonntagsruhe, Schutzvorkehrungen, Unterbringung, Verköstigung und dergleichen). Sie bestanden aus einem vom Minister für Landesverteidigung ernannten Vorsitzenden, einem vom Handelsminister ernannten Mitglied, einem vom Justizminister ernannten Richter und je einem Vertreter der Unternehmer und der Belegschaften. Von genereller Bedeutung war die Bestimmung, dass sich die Beschwerdeführer durch Berufsvereinigungen vertreten lassen konnten. Damit wurden die Gewerkschaften als Vertreter der Interessen ihrer Mitglieder *erstmalig auch gesetzlich* anerkannt.

Die Schaffung der Beschwerdekommisionen in den dem Kriegsleistungsgesetz unterstehenden Betrieben war eine prinzipielle Errungenschaft, an die die späteren „Einigungsämter“ anknüpften und die in der jetzigen Form der Arbeits- und Sozialgerichte ein fester Bestandteil des Arbeitsrechts der Republik Österreich geblieben ist.

Was nicht alles geschehen kann, wenn kämpfende Massen den Mächtigen fest auf die Füße treten.

Damit aber nun keiner glaube, im Eldorado des Sozialstaats angelangt zu sein,

sicherte sich die herrschende Klasse zur gleichen Zeit ein Maximum an Machtbefugnis durch das am 24. Juli 1917 verabschiedete „*Kriegswirtschaftliche Ermächtigungsgesetz*“.²⁶ Das Gesetz, das unter Dollfuß 1933/34 als Instrument der Zerstörung der Demokratie zu trauriger Berühmtheit gelangen sollte, ermächtigte die Regierung, unter Umgehung des parlamentarischen Weges durch einfache Verordnung „die notwendigen Verfügungen zur Förderung und Wiederaufrichtung des wirtschaftlichen Lebens, zur Abwehr wirtschaftlicher Schädigungen und zur Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln und anderen Bedarfsgegenständen zu treffen“.

Das KWEG war die logische Konsequenz der durch den Krieg beschleunigten Verflechtung der Macht des Monopolkapitals mit der Macht des Staates, die auf allen Gebieten der Ökonomie zu Zwangs- und Lenkungsmaßnahmen führte. Es verlieh der staatlichen Exekutive letztlich die Handhabe für die Errichtung einer nach dirigistischen Gesichtspunkten ausgerichteten und spezifischen Monopolinteressen dienenden Wirtschaftsdiktatur. Dass es in der Periode der Dominanz der „wendigen“ Gruppe des Finanzkapitals erlassen wurde, verdeutlicht zum einen, dass auch diese Fraktion auf diktatorische Methoden nicht zu verzichten gewillt war, und zum anderen, dass sie stets Bestandteil einer *Einheit* mit Namen österreichisch-ungarischer Imperialismus blieb und in dessen Gesamtinteresse handelte.

Den Abschluss der Konzessionstaktik bildete die am 27. Dezember 1917 erfolgte Gründung eines eigenen „*Ministeriums für soziale Fürsorge*“.²⁷ Obwohl seit 1. Juni 1917 angekündigt, geschah das nicht zufällig wenige Wochen nach dem Sieg der Oktoberrevolution in Russland. Da sich die Lage in Österreich unter dem Einfluss des russischen Beispiels und nach dem vom Rat der Volkskommissare in Petrograd unterbreiteten Friedensangebot binnen kürzester Zeit zu einer akut revolutionären Situation zuspitzte, war eine erneute rasche Beschwichtigungsaktion das Gebot der Stunde.

Die Agenden des neuen Ministeriums waren: 1. Kinderschutz und Jugendfürsorge; 2. Fürsorge für Kriegsbeschädigte und Hinterbliebene; 3. alle in den Bereich der Sozialversicherung fallenden Angelegenheiten; 4. Angelegenheiten des gewerblichen Arbeitsrechts, des Arbeiterschutzes, der Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenfürsorge; 5. Wohnungsfürsorge. Auf diesen Gebieten hat es unter der

Leitung des sozialdemokratischen Staatssekretärs Ferdinand Hanusch in den Jahren 1918 bis 1920 Großes geleistet.

Vorher war die Tätigkeit des Ministeriums, von dem die österreichischen ArbeiterInnen energische Schritte erwarteten, allerdings kaum der Rede wert und blieb ohne greifbaren Erfolg. Bis zum Zusammenbruch der Monarchie vermochte es kein einziges sozialpolitisches Gesetz von nennenswerter Bedeutung mehr zu verabschieden. Überhaupt waren im Gegensatz zu 1917 die sozialpolitischen Aktivitäten im Jahr 1918 äußerst gering. Es kam nur zu einigen Erhöhungen der Nähelöhne in der Heimarbeit und zu finanziellen Zuschüssen für Staatsbedienstete. Auf die Gründe der Stagnation werden wir am Schluss unserer Ausführungen zu sprechen kommen.

Lockerungen im Bereich der Politik

Obwohl die sozial- und arbeitsrechtlichen Zugeständnisse diejenigen in der Sphäre der Politik an Zahl weit übertrafen, wog die Veränderung des *politischen* Kurses im Endeffekt mindestens ebenso schwer. Die oben skizzierten innenpolitischen Ziele der „österreichisch-patriotischen“ Gruppierung machten es notwendig, den immer unheilvoller gewordenen Einfluss des Armeekommandos zurückzudrängen und die gesamte politische Führung wieder in die Hände der dazu berufenen verfassungsmäßigen Instanzen zu legen.

Das Jahr 1917 begann gleich mit einem Paukenschlag. Am 1. Jänner kündigte Kaiser Karl eine Amnestie für Personen an, die von Militärgerichten zu Freiheitsstrafen verurteilt worden waren.²⁸ Sie wurde am 3. Jänner rechtskräftig. Am 5. Jänner 1917 wurden die im Jahr zuvor von einem Landwehrdivisionsgericht wegen Hochverrats zum Tode verurteilten tschechischen Politiker Dr. Kramar und Dr. Rasin von Kaiser Karl zu 15 bzw. 10 Jahren Kerker begnadigt.²⁹ Am 3. Juli 1917 erfolgte die kaiserliche Generalamnestie, die allen Personen, die von einem Zivil- oder Militärgericht wegen einer „im Zivilverhältnisse begangenen strafbaren Handlung verurteilt“ worden waren, die verhängte Strafe (für Hochverrat, Majestätsbeleidigung, Störung der öffentlichen Ruhe, Aufstand, Aufruhr usw.) nachsah.³⁰ Daraufhin wurden auch Kramar und Rasin aus ihrer Haft in der Militärstrafanstalt Möllersdorf bei Baden entlassen und kehrten nach Prag zurück, wo sie von zehntausenden Tschechen triumphal empfangen wurden.

Das Wiedererwecken der „*clementia austriaca*“ sollte den verheerenden Eindruck, den die Brutalität der österreichischen Kriegsjustiz zwischen 1914 und 1916 im In- und Ausland hervorgerufen hatte, verwischen. In den Genuss der Amnestien kamen auch viele Arbeiter, die aufgrund von Verstößen gegen das Kriegsleistungsgesetz von Militärgerichten verurteilt worden waren.

Eine weitere Maßnahme in dieser Richtung war das im März und Juli 1917 angeordnete, längst überfällige Verbot der in der k.u.k. Armee üblichen, erniedrigenden Soldatenstrafen des „Anbindens“ und „Schließens in Spangen“.³¹

Am 18. und 19. Mai 1917 fand in Wien der Prozess gegen Friedrich Adler vor dem Ausnahmegericht statt. Auch hier waren die Begleitumstände höchst bemerkenswert. In der „Arbeiter-Zeitung“ konnte am 19. Mai ein acht Seiten langer wörtlicher Bericht vom ersten Prozesstag *völlig unzensuriert* erscheinen. Und das, obwohl sich Friedrich Adler bei seiner scharfen Kritik des Diktaturregimes der Jahre 1914 bis 1916 kein Blatt vor den Mund nahm. Als der sechsseitige Bericht der „Arbeiter-Zeitung“ vom zweiten Prozesstag einige Zensurflecken aufwies, schrieb Chefredakteur Friedrich Austerlitz, dass damit das Kriegsüberwachungsamt sein Versprechen gebrochen habe, der freien Berichterstattung über die öffentliche Verhandlung „keine Hindernisse in den Weg“ zu legen.³²

Es kann als sicher gelten, dass jene vierzehn Seiten Prozessbericht mehr zur politischen Orientierung der österreichischen ArbeiterInnen beitrugen als sämtliche Artikel der „Arbeiter-Zeitung“ seit dem August 1914 zusammengenommen.

Auch die Behandlung des Angeklagten seitens des Gerichtsvorsitzenden, Hofrat v. Heidt, war mehr als ungewöhnlich. Er verhielt sich ausnehmend höflich, sprach Friedrich Adler mit „Herr Doktor“ an, unterbrach ihn auch bei noch so heftigen Attacken kaum und sah sich nur einmal, als Friedrich Adler den Gerichtshof das „Organ einer verbrecherischen Regierung“ nannte, zu Tadel veranlasst. Die demonstrativ hervorgekehrte Milde und Fairness, mit der der Prozess ablief, war das Ergebnis höherer Weisung mit dem Zweck, den Volksmassen den Unterschied zur „bereits überwundenen“ Periode der harten Kriegsjustiz vorzuführen.³³ Am Todesurteil änderte das zwar nichts, es war aber nach den vielen Begnadigungsakten, die Kaiser Karl seit Jänner 1917 gesetzt hatte, eine Vollstreckung ohnehin nicht mehr zu erwarten. So kam es auch: am



Josef Redlich (1869–1936)

7. September 1917 erfolgte die Umwandlung der Todesstrafe in 18 Jahre Kerker.

Die Krönung der Taktik der politischen Zugeständnisse erfolgte am 26. April 1917, als die Wiedereinberufung des 1914 ausgeschalteten Reichsrats für den 30. Mai angekündigt wurde.³⁴

Das wichtigste Ergebnis der Beratungen des Abgeordnetenhauses im Sommer 1917 war die Aufhebung einiger der berüchtigsten Ausnahmeverordnungen. Am 6. Juli 1917 verweigerte das Parlament seine Genehmigung zu jenen § 14-Verordnungen, die sich auf die Strafgerichtsbarkeit bezogen und die die Unterstellung von Zivilpersonen unter Militärgerichtsbarkeit sowie die Außerkraftsetzung der Geschworenengerichte verfügt hatten.³⁵ Ihre Geltung erlosch, womit die Rechtsprechung der Militär- und Ausnahmegerichte, Kernstück des zu Kriegsbeginn oktroyierten Ausnahmezustandes, zu Ende gekommen war.³⁶

Die letzte Maßnahme, die in diesem Zusammenhang von Belang ist, war die am 11. September 1917 erfolgte Aufhebung des „vollkommen verfassungswidrigen Instituts des Kriegsüberwachungsamtes“³⁷, also der vom Armeekommando beherrschten Zensurstelle. Obwohl das Kriegsüberwachungsamt unter dem Namen einer „Ministerialkommission“, und damit die Zensur, bis zum Kriegsende bestehen blieb, erfuhr sie als nunmehrige staatspolizeiliche Agende seit Herbst 1917 eine wesentliche Abschwächung und verschwand im Sommer 1918 so gut wie ganz. Die fast zensurlos erschienene „Arbeiter-Zeitung“ der letzten eineinhalb Kriegsjahre ist daher für das nähere Verständnis der innenpolitischen Situation im zusammenbrechenden Österreich-Ungarn eine Quelle erster Ordnung und Qualität.

Bilanz eines vergeblichen Bemühens

Die „österreichisch-patriotische“ Kapitalgruppe erreichte ihr Hauptziel, die Habsburgermonarchie aus dem Krieg herauszuführen und dadurch zu retten, nicht. Das ungleich größere ökonomische und militärische Machtpotenzial des Bündnispartners, des deutschen Imperialismus, brachte diesen Versuch eines Alleingangs sehr bald zum Scheitern. Ab Herbst 1917, nach der geglückten gemeinsamen Offensive gegen Italien am Isonzo („Wunder von Karfreit“), und vollends nach dem Ausscheiden des bolschewistisch gewordenen Russland als Kriegsgegner, gewannen in Österreich die „national-deutsch“ eingestellten Monopolkreise wieder die Oberhand. Als ein Flügel, der stets treu die Funktion eines untergeordneten Bevollmächtigten an der Seite des stärkeren deutschen Partners wahrnahm, verkörperte er nun, in der durch die Friedensschlüsse von Brest-Litowsk (3. März 1918) und Bukarest (7. Mai 1918) verbesserten militärstrategischen und erneute Hoffnungen auf einen „Siegfrieden“ erweckenden Situation, die Gesamtinteressen des österreichisch-ungarischen Imperialismus wieder angemessener.

Auch innenpolitisch stießen zwei Absichten der „wendigen“ Gruppierung ins Leere. Die Sprecher der slawischen Völker machten bereits in den ersten Sitzungen des Abgeordnetenhauses nach der Wiedereröffnung des Reichsrats klar, dass für sie ein Weiterleben in einem gemeinsamen Staatsverband unter Habsburgs Zepher nicht mehr in Frage kam. Und unter der Arbeiterschaft blieb, ja verstärkte sich noch trotz der sozialpolitischen Zugeständnisse die Unzufriedenheit und revolutionäre Stimmung. Weder trat durch diese legislativen Schritte eine Behebung des Nahrungsmittelmangels noch eine sonstige Verbesserung der materiellen Lage ein; die Reallöhne sanken weiter beständig ab und erreichten 1917/18 mit einem Index von 37 gegenüber 100 von 1913/14 einen in der Geschichte der österreichischen Arbeiterbewegung bis dahin nicht gekannten Tiefpunkt.³⁸ All das mündete im Jänner 1918 im größten Massenstreik, den unser Land je erlebte.

Die Maßnahmen des Frühjahrs und Sommers 1917 waren jedoch keineswegs auf allen Gebieten erfolglos. Auch als die „national-deutsche“ die „österreichisch-patriotische“ Kapitalfraktion wieder von den Schalthebeln der Macht verdrängt hatte, kehrte man zu den dikta-

torischen Methoden der ersten Kriegshälfte *nicht* zurück. Der Einfluss der Militärkamarilla auf die Innenpolitik und Justiz blieb beseitigt, und in Österreich wurde bis zum Ende der Monarchie im Großen und Ganzen verfassungskonform regiert. Das war keine Kleinigkeit, denn den Volksmassen kann es nicht egal sein, ob sie unter den einen oder den anderen Umständen leben müssen.

Österreich im Jahr 1917 ist also eines der ziemlich seltenen geschichtlichen Beispiele, wie Herrschende unter dem Druck von unten mittels vorbeugender Maßnahmen fähig sind, ihr Machtsystem selbst zu korrigieren und die Repressionspraxis abzumildern.

Das entscheidende Verdienst aber, das sich die „Flexiblen“ im Sinne kapitalistischer Allgemeinziele auf ihre Fahnen schreiben konnten, war die erfolgreiche Einbindung der sozialdemokratischen Führung in ihre Strategie, die Entdeckung, welche Möglichkeiten der Reformismus für die herrschenden Klassen in Zeiten von Systemkrisen bietet, und dessen Transformation von einer *passiv* geduldeten zu einer *aktiv* mitwirkenden Kraft. Wie die österreichische Sozialdemokratie von sich aus diese Verwandlung politisch umsetzte, wird Gegenstand des dritten Abschnitts der Artikelserie sein.

Anmerkungen:

1/ Lenin schrieb dazu im Jahr 1910: „Die Bourgeoisie (bildet) in allen Ländern unvermeidlich zwei Systeme des Regierens heraus, zwei Methoden des Kampfes für ihre Interessen und für die Verteidigung ihrer Herrschaft, wobei diese zwei Methoden bald einander ablösen, bald sich miteinander in verschiedenen Kombinationen verflechten. Die erste Methode ist die Methode der Gewalt, die Methode der Verweigerung jeglicher Zugeständnisse an die Arbeiterbewegung, die Methode der Aufrechterhaltung aller alten und überlebten Institutionen, die Methode der unnachgiebigen Ablehnung von Reformen (...) Die zweite Methode ist die Methode des ‚Liberalismus‘, der Schritte in der Richtung auf die Entfaltung politischer Rechte, in der Richtung auf Reformen, Zugeständnisse usw.“ W.I. Lenin, Die Differenzen in der europäischen Arbeiterbewegung, in: W.I. Lenin, Werke, Band 16, S. 356f. Apropos: Unter „Reformen“ verstand Lenin, wie jeder normale Mensch, *Verbesserungen* der Lage der Volksmassen. Die heute Herrschenden verwenden diesen Begriff, weil er positiv besetzt ist, für *verschlechterungen*, um deren „Notwendigkeit“ den Volksmassen wirkungsvoller einreden zu können. Wir haben hier einen weiteren Beleg dafür, dass die Bourgeoisie bei ihrer Machtausübung auf Methoden dreisten Etikettenschwindels nicht verzichten kann. Indem sie deren Umsetzung

ihren Sachwaltern zuschiebt, damit sich die Wut der Leute primär gegen „die Politiker“ richtet, erweitert sie die Festung ihrer Herrschaft mit einem zusätzlichen Vorwerk samt Graben, in den die mit falschen Bewusstseinsinhalten Manipulierten gleich am Anfang scharenweise hineinfallen.

2/ Helmut Otto/Karl Schmiedel/Helmut Schnitter, Der erste Weltkrieg. Militärhistorischer Abriss, Berlin 1968², S. 132ff.

3/ Deutschland im Ersten Weltkrieg, Band 2 (Januar 1915 bis Oktober 1917), Berlin 1970², S. 540.

4/ Imre Gonda, Verfall der Kaiserreiche in Mitteleuropa. Der Zweibund in den letzten Kriegsjahren (1916–1918), Budapest 1977, S. 316.

5/ Manfred Rauchensteiner, Der Tod des Doppeladlers. Österreich-Ungarn und der Erste Weltkrieg, Graz–Wien–Köln 1993, S. 392f.

6/ Wegen der Brisanz der auf dem „Arbeitertag“ aufgezeigten brutalen Ausbeutungsmethoden der österreichischen Kapitalisten konnte dessen Protokoll erst nach dem Kriegsende 1920 veröffentlicht werden. Sein Wiederabdruck hätte unter den in der Arbeitswelt heute erneut waltenden Umständen größten politisch-pädagogischen Wert als Erkenntnisgewinn für alle Kategorien von Lohnabhängigen. Siehe: Bericht der Gewerkschaftskommission Deutschösterreichs an den ersten deutschösterreichischen (achten österr.) Gewerkschaftskongress in Wien 1919, Wien o.J. (1920), S. 55–96.

7/ Als Koerber am 5. März 1919 starb, schrieb die *Arbeiter-Zeitung* im Nachruf: „Er verstand viel von der Verwaltung, hatte einen regen politischen Sinn und war vor allem ein moderner Mensch, sozialpolitisch gesinnt und allen freiheitswidrigen Bedrückungen, die vor ihm das Arsenal österreichischer Staatskunst ausgemacht hatten, im tiefsten Wesen abhold. Man kann sagen, dass erst mit seinem Regieren mit den Beschränkungen der politischen Freiheiten gebrochen wurde; dass er als der erste, und damit bahnbrechend, der Pressfreiheit, der Vereins- und Versammlungsfreiheit Raum gewährt hat (...) Deshalb war es eigentlich selbstverständlich, dass er, nachdem das Stürgksche System zusammengebrochen war, berufen wurde; man spürte auch da, dass eine frischere und reinere Luft zu wehen begann.“ *Arbeiter-Zeitung*, 6. März 1919, S. 5.

8/ Was hier über die Hintergründe der Wende von 1916/17 verkürzt und vereinfacht dargelegt ist, wird in einer in Vorbereitung befindlichen Monographie des Autors über die Staatsverbrechen Österreichs während des Ersten Weltkriegs genauer untersucht.

9/ Birgitt Morgenbrod, Wiener Großbürgertum im Ersten Weltkrieg. Die Geschichte der „Österreichischen Politischen Gesellschaft“ (1916–1918), Wien–Köln–Weimar 1994, S. 44. Meinel hatte mehrere Jahre seiner Lehrzeit in London verbracht und unterhielt auch danach stets enge geschäftliche Verbindungen mit Großbritannien. Über Meinel's außenpolitische Initiativen siehe auch: Heinrich Benedikt, Die Friedensaktion →

Deutschtum, Wissenschaft und Glaube im Leben des Samuel Steinherz

GERHARD OBERKOFER

Geboren, aufgewachsen und ausgebildet in der Habsburgermonarchie

Samuel Steinherz¹, geboren am 16.12.1857 in Güssing (damals zum ungarischen Komitat Eisenburg gehörig), Sohn des Handelsmannes Eduard Steinherz und der Fanni geb. Wechsler, beide aus Güssing, hat nach Übersiedlung seiner Eltern nach Graz (Annenstraße 56) das Gymnasium von 1868 bis 1875 in Graz absolviert, die beiden ersten Klassen am I., die dritte bis achte Klasse am mit Herbst 1869 eröffneten II. Staatsgymnasium. Die Maturaklasse von Steinherz zählt zehn Abiturienten, die alle deutscher Nationalität waren, vier von ihnen waren in der Steiermark geboren, je ein Abiturient in Niederösterreich, in Siebenbürgen, Kärnten und Vorarlberg, zwei in Ungarn (Güssing und Steinamanger) und alle wurden für reif zum Besuch der Universität erklärt. Ein Abiturient erklärte, das Lehramt für klassische Philologie anzustreben, ein Abiturient jenes für Mathematik und Physik, mit Steinherz wollte ein weiterer Abiturient das Lehramts-

studium für Geographie, Geschichte und deutsches Sprachfach ergreifen, sechs Abiturienten zog es von den Juridischen Studien an. Die Konfession wird im Grazer Gymnasialbericht nicht eigens ausgewiesen. Steinherz, dessen Familie, worauf der Name hinweist,² israelitischer Religion war, wird den obligatorischen Religionsunterricht vom Lehrer an der öffentlichen israelitischen Volksschule in Graz erhalten haben. Steinherz inskribierte mit Wintersemester 1875/76 Geschichte und Deutsche Sprache bei Johann Baptist von Weiß (1820–1899), Adam Wolf (1822–1883), Arnold Luschin von Ebenreuth (1841–1932) und Franz Krones von Marchland (1835–1902) sowie Anton Emanuel Schönbach (1848–1911). Statt Deutsch wählte Steinherz später Klassische Philologie, welche Max Theodor von Karajan (1833–1914) lehrte. Besonders der an einer detaillierten, methodisch strengen Quellenforschung orientierte Krones, dessen Schaffen von großösterreichischem Patriotismus und von bürgerlich liberalen Idealen geprägt war,³ hat Steinherz beeindruckt, jedenfalls wählte er ihn nach einem Studienunterbruch im

Studienjahr 1877/78, während dem er als Einjährig Freiwilliger beim k. k. Infanterie Regiment Nr. 7 diente, als Betreuer für seine Doktorarbeit über die italienische Politik K. Ludwigs I. von Ungarn in den Jahren 1342–1352.⁴ Krones akzeptiert die am 11. Mai 1881 eingereichte Arbeit mit Anerkennung (19. Mai 1881): „Das Elaborat 114 folio Seiten umfassend, wird von einer Zusammenstellung der benützten Quellen und literarischen Hilfsmittel eingeleitet, die den erfreulichen Beweis liefert, daß es der Vf. an umfassenden und eindringlichen Studien über eines der wichtigsten Capitel mittelalterlicher Geschichte nicht fehlen ließ. Stellen wir diese Literaturangaben mit den fortlaufenden Noten des Textes und mit den Excursen zusammen, so wird uns die noch willkommenere Gewissheit zu Theil, daß der Vf. das Citirte nicht nur gewissenhaft, sondern mit selbständigem Urtheil benützte, daß er nicht blos zusammenstellte, sondern combinirte, überall Kritik übte, wo ihm ein chronologischer oder innerer Widerspruch der Quellen aufstieß.“⁵ Wolf betont (23. Mai 1881), dass das Thema eine der schwierigsten

der Meinungsgruppe 1917/18, Graz–Köln 1962.

10/ Daneben gibt es über Kaiser Karl noch eine eigene, geradezu maschinell betriebene Biographie-Produktion verherrlichender Art, die den Zweck hatte, seine Seligsprechung zu erreichen, und die so lange dauern wird, bis die nächste Stufe, die der Heiligsprechung, erreicht ist. Beispiele dafür aus den letzten Jahren sind: Erich Feigl, Kaiser Karl I. Ein Leben für den Frieden seiner Völker, Wien 1990; Heinz von Lichem, Karl I. Ein Kaiser sucht den Frieden, Innsbruck–Wien 1996; Elisabeth Kovács, Untergang oder Rettung der Donaumonarchie? Kaiser und König Karl I. (IV.) und die Neuordnung Mitteleuropas (1916–1922), Wien 2004; Eva Demmerle, Kaiser Karl I. „Selig, die Frieden stiften...“. Die Biographie, Wien 2005.²
11/ Einer, der Kaiser Karl als unreifen Simpel sofort durchschaute, war Ernest v. Koerber. Neben sachlichen Meinungsverschiedenheiten in der Frage des verfassungskonformen Regierens lieferte seine (begründetermaßen wenig respektvolle) Haltung gegenüber dem Herrscher den Grund für die Entlassung am 15. Dezember 1916. Vom kurzfristigen Finanzminister der Koerber-Regierung, Karl Marek, ist folgender Ausspruch nach dessen Rückkehr von der

Antrittsausdienz überliefert: „Ah, der Kaiser, das ist ein liebes Bürschel! So freundlich! Da verliert man sofort alle Befangenheit. Ganz frei von der Leber weg kann man mit ihm sprechen. Über alles Mögliche haben wir gesprochen. Er interessiert sich für alles und hat immer wieder gefragt. Sehr lieb ist er.“ Siehe: Friedrich F.G. Kleinwachter, Der fröhliche Präsidialist, Wien 1947, S. 228. Dieses Erinnerungsbuch zählt zu den lesenswertesten Schilderungen des Funktionierens der altösterreichischen Bürokratie.

12/ Reichsgesetzblatt für die im Reichsrat vertretenen Königreiche und Länder (RGBl.), Jahrgang 1916, Nr. 401 und 402.

13/ *Arbeiter-Zeitung*, 1. Dezember 1916, S. 1.

14/ Denkschrift über die von der k.k. Regierung aus Anlass des Krieges getroffenen Maßnahmen. 4. Teil, Wien 1918, S. 66ff.

15/ *Arbeiter-Zeitung*, 1. Dezember 1916, S. 5.

16/ RGBl. 1917, Nr. 34.

17/ Zitiert bei Charles A. Gulick, Österreich von Habsburg zu Hitler, 2. Bd., Wien o.J. (1950), S. 91.

18/ RGBl. 1917, Nr. 54. 19/ RGBl. 1917, Nr. 457.

20/ RGBl. 1917, Nr. 7. 21/ RGBl. 1917, Nr. 139.

22/ RGBl. 1917, Nr. 363. 23/ RGBl. 1917, Nr. 525.

24/ RGBl. 1917, Nr. 122.

25/ Ebenda, Hervorhebungen H.H.

26/ RGBl. 1917, Nr. 307. 27/ RGBl. 1917, Nr. 504.

28/ *Arbeiter-Zeitung*, 2. Jänner 1917, S. 6.

29/ Ebenda, 5. Jänner 1917, S. 2f.

30/ Ebenda, 3. Juli 1917, S. 1f.

31/ Ebenda, 6. März 1917, S. 5 u. 1. Juli 1917, S. 8.

32/ Ebenda, 22. Mai 1917, S. 1.

33/ Rudolf G. Ardelt, Der Prozess gegen Friedrich Adler, in: Karl R. Stadler (Hrsg.), Sozialistenprozesse. Politische Justiz in Österreich 1870–1936, Wien–München–Zürich, S. 181ff.

34/ RGBl. 1917, Nr. 183. 35/ RGBl. 1917, Nr. 284.

36/ Joseph Redlich, Österreichische Regierung und Verwaltung im Weltkriege = Carnegie-Stiftung für internationalen Frieden. Abteilung für Volkswirtschaft und Geschichte. Wirtschafts- und Sozialgeschichte des Weltkrieges. Österreichische und ungarische Serie, Wien 1925, S. 272.

37/ Ebenda, S. 278

38/ Wilhelm Winkler, Die Einkommensverschiebungen in Österreich während des Weltkrieges = Carnegie-Stiftung für internationalen Frieden. Abteilung für Volkswirtschaft und Geschichte. Wirtschafts- und Sozialgeschichte des Weltkrieges. Österreichische und ungarische Serie, Wien 1930, S. 162.

Partien der Geschichte des 14. Jahrhunderts behandle: „Die Herrschaft der Angiowinen in Ungarn, ihre ausgreifende Politik, die Personalunion mit Polen, die Souveränität von Serbien und Bosnien, die Anfänge der orientalischen Frage, die Verbindung mit Neapel und Sicilien lassen trotz vieler gründlicher Quellenstudien und specieller Arbeiten noch viele dunkle Wege übrig“. Es sei nicht zu leugnen, dass Steinherz „die Quellen fleißig studirt und verständig ausgenützt hat, daß seine geschichtliche Darstellung geschickt geordnet und flüssig geschrieben ist.“ Das zweistündige Haupt rigorosum aus Geschichte (Krones und Wolf) und Latein (Karajan) legte Steinherz erst am 4. Februar 1882 ab, mit ausgezeichnet bei Krones und genügend bei Wolf und Karajan, das einstündige Rigorosum aus Philosophie bestand (genügend) er am 6. Mai 1882 beim Neukantianer Alois Riehl (1844–1924).⁶

Mit Wintersemester 1882/83 inskribierte Steinherz in Wien den Vorbereitungskurs des Instituts für österreichische Geschichtsforschung und wurde ordentliches Mitglied des XV. Kurses (1883–1885).⁷ Seine erste Adresse war im 3. Bezirk, Parkgasse Nr. 1, I. Stock, Tür 6. Steinherz optierte für die wissenschaftliche Laufbahn. Er eignete sich die von Engelbert Mühlbacher (1843–1903), Theodor von Sickel (1826–1908), Moriz Thausing (1838–1884), Franz Wickhoff (1853–1909) und Heinrich von Zeissberg (1839–1899) auf hohem Niveau vermittelten Kenntnisse aus Paläographie, Diplomatie, österreichischen Geschichtsquellen und Kunstgeschichte an und griff ein gutes Thema als Institutsarbeit über die Beziehungen Ludwigs I. von Ungarn zu Karl IV. auf. Zeissberg beurteilte die Arbeit als „durchaus vorzüglich“. Im Institut, das wie ein strenges Noviziat geführt wurde, war es üblich, Freundschaften für das weitere bürgerlich akademische Leben zu stilisieren. Steinherz wählte Josef Donabaum (1861–1936) als Intimus. Dieser begründete als Generaldirektor 1920 den Namen „Nationalbibliothek“, der an die Stelle der Hofbibliothek trat, so: Es habe zwar Einwände seitens einiger Beamte dagegen gegeben, zumal ein solcher Name den künftigen Anschluß an Deutschland hemmen könne, solche Befürchtungen seien aber zu weit gehend, denn: „Daß keine besondere österreichische Nation existiert, darf ja wohl als weltbekannt angenommen werden“. Die Funktion bzw. die „Nationale Arbeit“ der „Nationalbibliothek“ sei „Sammelpunkt für die nationale Literatur jener deutschen

Stämme, die jetzt unter fremdnationale Herrschaft gekommen sind“, zu sein.⁸ Mit Unterstützung eines durch Sickel und Zeissberg, die in ihm ein weiter verwendbares Ordensmitglied erkannt haben, vermittelten Stipendiums des k. k. Ministeriums für Cultus und Unterricht konnte Steinherz sein Institutsthema mit Materialien aus den Archiven von Pest und Venedig ergänzen und die Arbeit in den Mitteilungen des Instituts veröffentlichen.⁹ Donabaum hatte ihm dafür seine Urkundenabschriften aus dem Vatikanischen Archiv zur Verfügung gestellt.¹⁰

Im Herbst 1887 kehrte Steinherz nach Graz mit der Absicht, sich für österreichische Geschichte zu habilitieren, zurück. Es kam zu Missverständnissen mit Krones, die in den Akten nicht näher erläutert werden. Wahrscheinlich weil ihm die Laufbahn als jüdischer Historiker doch zu unsicher erschien, begann Steinherz mit dem Studium der Rechte, das er mit dem Doktorat abschloss (12. Mai 1894). Steinherz blieb in Kontakt mit Zeissberg und dem protestantischen Gründer der Wiener Schule der Geschichtsforschung Sickel, der für sich in Anspruch nahm, als Wissenschaftler über den Konfessionen zu stehen.¹¹ Eine gewünschte Anstellung an der Grazer Universitätsbibliothek kam nicht zustande. Sickel gab Steinherz nach dem krankheitsbedingten Ausfall von Victor Bayer den Auftrag, für die XI. Lieferung der von ihm mit Heinrich von Sybel (1817–1895) herausgegebenen „Kaiserurkunden in Abbildungen“ urkundliches Material aus der Zeit Friedrichs III. (1415–1493) und Maximilians I. (1459–1519) im Grazer Landesarchiv und im Wiener Staatsarchiv zu sammeln und das bisher gesammelte und in Abbildungen vorliegende Material zu prüfen und zu erläutern. Sybel und Sickel schreiben im Vorwort (Oktober 1890) zu dieser Lieferung: „Die Herausgeber, welchen daran gelegen sein musste, die Publication in dem ursprünglich geplanten Umfange möglichst bald vollendet zu sehen, sind dem Herrn Dr. Steinherz in Graz zu Dank verpflichtet, daß er sich solcher Aufgabe unterzogen hat. [...] Herr Dr. Steinherz hat also gerechten Anspruch auf freundliche Beurtheilung des von ihm gemachten ersten Versuches, das Studium dieses Theiles der Diplomatie zu ermöglichen.“¹² Dann eröffnete sich für Steinherz die Möglichkeit, an der von Sickel initiierten Aufgabe des nach der Öffnung des Vatikanischen Archivs 1881 gegründeten Österreichischen Historischen Instituts in Rom, die Berichte der immer gut informierten päpstlichen Nun-

ten in den Pontifikaten von Pius IV. (Papst von 25. Dezember 1559 – 9. Dezember 1565) und Pius V. (Papst von 7. Jänner 1566 – 1. Mai 1572) herauszugeben, mitzuarbeiten. Sickel schreibt an den großen österreichischen Historiker Alfons Huber (1834–1898), er sei Zeissberg dankbar dafür, dass er ihn auf Steinherz aufmerksam gemacht habe (24. November 1895).¹⁴ Erst im Nachhinein stellte sich heraus, dass besonders für das Pontifikat des auch als unbarmherzigen Großinquisitors, Hugenotten und Judenverfolgers bekannten Pius V. die Berichte außerhalb Roms, in Italien, in der Habsburgermonarchie und im Reich gesucht werden mussten. Steinherz informierte Sickel brieflich regelmäßig über den Fortgang seiner Arbeiten. Seine eigenen archivalischen Forschungen orientierte Steinherz auf die Zeit vor allem des XIV. Jahrhunderts. Unter Vorlage seiner als Habilitationsschrift bezeichneten Arbeit über die Beziehungen Ludwigs I. von Ungarn (1326–1382) zu Karl IV. (1316–1378), der als einer der bedeutendsten europäischen Herrschergestalten dieser Zeit gilt, anderer Abhandlungen wie über die Einhebung des Lyoner Zehnten im Erzbistum Salzburg¹⁵ und kleinerer Mitteilungen reichte Steinherz in Wien um Habilitation für österreichische Geschichte ein (15. Oktober 1894). Alfons Huber war als Berichterstatter der Fakultät damit ebenso einverstanden wie Zeissberg, Mühlbacher, Max Büdinger (1828–1901) und der klassische Philologe Karl Schenkl (1827–1900) sowie der Orientalist Joseph Karabacek (1845–1918) als Dekan (14. Dezember 1894). Nach Kolloquium (21. Jänner 1895) und Probevortrag (1. Februar 1895), der von den kirchlichen Reformbestrebungen Ferdinands I. (1503–1564) handelte, wurde Steinherz als Privatdozent für österreichische Geschichte an der Wiener philosophischen Fakultät zugelassen (22. Juli 1895).¹⁶ Das Erscheinen des I. Bandes der von ihm bearbeiteten und von Vatikankreisen geschätzten Nuntiaturberichte¹⁷ ermöglichte Steinherz die Erweiterung seiner Lehrbefugnis für allgemeine Geschichte des Mittelalters und der Neuzeit (17. Mai 1898). Wieder hatte Huber das positive Referat dazu offenkundig gerne formuliert (28. April 1898).

Steinherz, der sich 1896 mit Sofia Kestel verheiratet und mit ihr fünf Kinder hatte, war um 1900 eine der Spitzenkräfte der österreichischen Geschichtswissenschaft. Er lebte quasi neben der Gesellschaft in den Archiven und Bibliotheken, aus denen er neben der langwierigen

und mühevollen Arbeit an den Nuntiattriberichten mit interessiertem, konsequentem Forscherfleiß, mit handwerklichem Können und großer Gelehrsamkeit einzelne Probleme herausgriff und dokumentierte. Das Arbeiterelend des „alten“ Wien berührte ihn wie sein privilegiertes akademisches Milieu nicht. Auch wird er die von Victor Adler (1852–1918) gegründete Arbeiter-Zeitung nicht gelesen haben. Das israelitische Bekenntnis von Steinherz blieb im Hintergrund, wenn es auch als „character indelebilis“ im deutschnationalen Universitätsmilieu über die kulturhistorische Anmerkung hinaus stets abrufbar blieb. Die Innsbrucker philosophische Fakultät nannte Steinherz Ende Dezember 1899 nach Alfons Dopsch (1868–1953) und Hans von Voltelini (1862–1938) im Besetzungsvorschlag für die Lehrkanzel für Österreichische Geschichte in der Nachfolge von Josef Hirn (1848–1917) und im November 1902 nach Karl Uhlirz (1854–1914) gemeinsam mit Wilhelm Erben (1864–1933) für das Ordinariat der Historischen Hilfswissenschaften. Es waren die wissenschaftliche Leistung von Steinherz anerkennende Nennungen, wofür Emil von Ottenthal (1855–1931), der mit 1. April 1904 nach Wien berufen wurde, als Fakultätsreferent verantwortlich war.¹⁸ 1897 hatte Ottenthal im Zusammenhang mit der Professur für österreichische Geschichte eindeutig formuliert: „Für die definitive Nachfolge würde doch wol in erster Linie Dopsch in Frage kommen, da die beiden Juden trotz aller Tüchtigkeit hier wirklich unmöglich wären“. Gemeint waren der Czernowitzer Ordinarius für allgemeine Geschichte Sigmund Herzberg-Fränkell (1857–1913) und der Wiener Dozent Alfred F. Pribram (1859–1942).¹⁹ Das war natürlich in Anbetracht der von der kleinbürgerlichen, römisch-katholischen Stickluft beherrschten Verhältnisse in Innsbruck eine durchaus reale Einschätzung.²⁰ Im Juni 1900 hatte der akademische Alpenklub in einer Eingabe an den Akademischen Senat gegen die Ernennung des Augenheilkundlers Stefan Bernheimer (1864–1918) protestiert und erwartet, „dass die Professoren unserer Hochschule als deutsche Männer der Gefahr einer Verjudung derselben mit allem Nachdrucke entgegenzutreten werden“.²¹ Zu einer Berufung von Steinherz nach Innsbruck kam es also nicht, was dieser selbst bedauerte und mit dem Deutschnationalismus von Ottenthal und anderen Innsbrucker Fakultätsmitgliedern in Verbindung brachte. So klagt er brieflich ge-

genüber Sickel. Der erzkatholische Ludwig von Pastor (1854–1928), seit 1886 Professor für allgemeine Geschichte in Innsbruck und bekannt als Geschichtsschreiber der Päpste, scheint einer Berufung von Steinherz nach Innsbruck nicht ablehnend gegenüber gestanden zu sein.



Samuel Steinherz (Quelle: Otto Munes: *Bibliographical Survey of Jewish Prague*. Prag 1952).

Es wird allerdings keine Unterstellung sein, dass bei Pastor dabei nicht irgendwelche Sympathien für das Judentum oder für die Freiheit der Wissenschaft im Vordergrund gestanden sind, sondern die Überlegung, in der Innsbrucker Fakultät einen Bündnispartner, sei dieser auch israelitisches Bekenntnisses, gegen seine liberalen und deutschnationalen Gegner zu installieren. Pastor, seit 1901 Nachfolger von Sickel als Direktor des österreichischen Historischen Instituts in Rom, übergab den 1903 erschienenen dritten Band der Nuntiattriberichte von Steinherz zusammen mit den vom tschechischen Historiker Josef Šusta (1874–1945), Absolvent des Wiener Instituts,²² ausgezeichnet bearbeiteten Aktenstücke zur Geschichte des Konzils von Trient²³ in einer Privataudienz Papst Pius X. (1835–1914) am 10. Februar 1905.²⁴ Das ist doch erstaunlich und spricht sowohl für die Arbeiten von Steinherz und Šusta wie für Pastor!

Steinherz hatte sich in diesen Jahren speziell in der Tiroler Geschichtsforschung einen Namen gemacht, nicht nur durch seine Nuntiattriberichte, sondern durch seine archivalischen Studien über die Verträge Karl IV. mit den Wittelsbachern zu Eltville im Jahre 1349²⁵, über die österreichischen Freiheitsbriefe²⁶ und insbesondere über die für die tirolische Geschichte so wichtige Vereinigung Ti-

rols mit den österreichischen Ländern unter Margareta von Tirol und Rudolf IV.²⁷ Noch heute werden diese wertvollen Studien in der Tiroler Geschichtswissenschaft hoch anerkannt wie aus den Arbeiten von Julia Hörmann-Taxis deutlich wird.²⁸ Voltelini, ausgezeichneter Absolvent desselben Institutskurses wie Steinherz, der 1900 für die Österreichische Geschichte in Innsbruck ernannt und 1908 als Ordinarius für Deutsches Recht und Österreichische Reichsgeschichte an die Wiener Juristenfakultät berufen wurde, schätzte schon seinerzeit die Arbeiten von Steinherz sehr.²⁹

Professor an der k. k. Deutschen Karl-Ferdinands-Universität zu Prag

Steinherz wurde mit kaiserlicher Entschliebung vom 21. Februar 1901 zum außerordentlichen Professor der Historischen Hilfswissenschaften an der „k. k. Deutschen Karl-Ferdinands-Universität zu Prag“ ernannt. Er stand immerhin schon im 44. Lebensjahr und es war dies für ihn eine der letzten Gelegenheiten. Die engagierte Fürsprache von Sickel hat ihm dabei geholfen. Sein Vorlesungsprogramm konzentrierte sich auf Urkundenlehre und Lateinische Paläographie. Steinherz stieg, so wie es sich für eine k. k. Professorenlaufbahn gehörte, bald zum Ordinarius auf, zuerst als Ordinarius ad personam der Historischen Hilfswissenschaften (24. Juni 1908), dann (12. April 1915) zum Ordinarius der österreichischen Geschichte. Für Unterrichtsminister Max Hussarek von Heinlein (1865–1935), Kirchenrechtler an der Wiener Juristenfakultät, war Steinherz „ein vorzüglicher, gründlicher und gewissenhafter Forscher“.³⁰ Steinherz kündigte in seiner neuen Eigenschaft im Wintersemester 1915/16 eine 5stündige Vorlesung „Österreichische Reichsgeschichte“ an. Die degenerierte Habsburgermonarchie war ihm Heimat. Er blieb ein unpolitischer Historiker, der glaubte, die Geschichtswissenschaft habe keine Berührung mit der Gesellschaft. Immerhin unterscheidet Steinherz das von den meisten seiner Zunftkollegen, die sich mit den reaktionären Triebkräften der bürgerlichen Gesellschaft arrangieren, wenn sie sich nicht ohnehin im Voraus eilenden Lakaiengehorsam in deren Dienst stellen. Steinherz blieb mit seinen österreichischen Fachkollegen in Rom, Graz, Innsbruck, Salzburg und besonders mit Wien in Verbindung. Am 18. Dezember 1906 nahm er auf Einladung von Oswald Redlich (1858–1944) an der vom In-

stitut für österreichische Geschichtsforschung „zu Ehren seines großen Meisters“ veranstalteten Festfeier zum 80. Geburtstag von Sickel teil.³¹ Schon in der 1901 vom Wiener Institut Sickel zu dessen Fünfzigjährigen Doktorjubiläum „in treuer Dankbarkeit“ gewidmeten Festgabe war Steinherz als einstiger Schüler vertreten.³² Hat Steinherz an der vom Akademischen Verein Deutscher Historiker in Wien am 11. Dezember 1906 eigens im Historischen Seminar veranstalteter Feier teilgenommen? Dort sprach der als hochbegabt geltende Wiener Privatdozent für Allgemeine Geschichte des Mittelalters und für Historische Hilfswissenschaften Harold Steinacker (1875–1965) Festworte.³³ Dieser wurde im Wintersemester 1917/18 in Prag als Nachfolger von Steinherz, der die Österreichische Geschichte übernommen hatte, Ordinarius für Historische Hilfswissenschaften. Nach Innsbruck zurückgekehrt, wurde der deutschnationale Steinacker zu einem der prominentesten Geschichtsideologen der Nazis in Österreich.

Mit der Übersiedlung nach Prag, wo er mit seiner Familie in der Jungmannstrasse 14 wohnte, trat Steinherz dem angesehenen Verein für Geschichte der Deutschen in Böhmen³⁴ bei und wurde 1904 dessen Ausschussmitglied.³⁵ Der Verein, dessen Satzungen („Zweck des Vereines ist, die Geschichte der Deutschen in Böhmen zu pflegen, sie zu erforschen, ihre Kenntnis zu verbreitern, ihre Quellen zu sammeln und herauszugeben“) 1921 von der politischen Landesverwaltung neu genehmigt waren,³⁶ wurde seit 1926 von dem mit Unterstützung von Steinherz 1922 zum Professor an der Deutschen Universität Prag etablierten Historiker Wilhelm Wostry (1877–1951) geleitet, der sich bald als offener Naziparteigänger und einer der führenden sudetendeutschen Amtsträger des Naziregimes in Prag positionieren sollte. Steinherz veröffentlichte in den Mitteilungen des Vereins und gab 1907 in dessen Selbstverlag „Briefe des Prager Erzbischofs Anton Brus von Müglitz 1562–1563“ heraus, die vor allem ein Bild aus den Anfängen der Gegenreformation in Böhmen geben. Steinherz wurde ordentliches Mitglied der Gesellschaft zur Förderung deutscher Wissenschaft, Kunst und Literatur in Böhmen³⁷ (seit 1924 „Deutsche Gesellschaft der Wissenschaften und Künste für die Tschechoslowakische Republik“) und Obmann ihrer historischen Landeskommission. Für das Studienjahr 1913/14 wurde Steinherz zum Dekan seiner Fakultät gewählt. Der Ausbruch des Welt-

krieges bedeutete für ihn keine Veränderung, auch nicht in intellektueller Hinsicht. Für das Wintersemester 1914/15, dem ersten Kriegsesemester, kündigte Steinherz Vorlesungen über Lateinische Paläographie (3-stündig), über Urkunden der päpstlichen Kanzlei (2-stündig) und über Edition von Urkunden (1-stündig) an. Von der Deutschen Universität wurde er mit dem Nachruf auf seinen Kollegen Adolf Bachmann (1849–1914), von dem eine Geschichte Böhmens stammt und der 1911 Obmann der deutschen Fortschrittspartei in Böhmen war, betraut.³⁸ Zu Beginn der Sommerferien 1918 bittet Steinherz seinen Freund Donabaum um die Entlehnung zweier Bücher für acht Tage nach Prag und teilt ihm mit, dass er heuer in Prag bleibe, weil ein Aufenthalt in seiner bisherigen Sommerfrische unmöglich sei, sich sonst nichts angeboten habe.³⁹

Professor an der Deutschen Universität Prag der Tschechoslowakischen Republik

Das Ende des Weltkrieges und die Errichtung der Tschechoslowakei brachten für die bildungsbürgerliche Idylle, in der Steinherz in Prag lebte, keine erkennbaren Einschnitte. Steinherz lehrte jetzt anstatt österreichischer Geschichte tschechische Geschichte, was für ihn in seinen Vorlesungen eine Betonung der böhmischen Geschichte bedeutete. Mit dem 1918 nach Prag (bis 1926) berufenen Hans Hirsch (1878–1940) verstand sich Steinherz gut, Heinrich Srbik (1878–1951) bat Hirsch, ihn Steinherz zu empfehlen.⁴⁰ Hirsch teilt Srbik im Zusammenhang mit einer Besetzungsfrage mit, dass „Steinherz ganz augenscheinlich der Berufung reichsdeutscher Kräfte nicht günstig gesinnt ist“. Steinherz wollte in seiner Fakultät offenkundig lieber Österreicher.⁴¹ Im Bericht seiner Universität über das Studienjahr 1921/22 veröffentlichte Steinherz die Arbeit „Ein Streit um die Salzburger Dompropstei (1385–1390)“.⁴² Nichts deutet auf eine Änderung seiner Forschungsschwerpunkte hin. Steinherz beteiligte sich 1918 an der Errichtung einer „Historischen Kommission“ zur Entlastung des Vereins für Geschichte der Deutschen in Böhmen, die zuerst vom Althistoriker Heinrich Swoboda (1856–1927) organisiert wurde, ab 1926 von Steinherz und Wostry.⁴³ Steinherz arbeitete mit Unterstützung seiner Prager Kollegen Alois Rzach (1850–1935), Siegfried Reiter (1863–1943) und Arthur Stein (1871–1950), die als altphilologische und althistorische Experten

ihm bei der Herstellung des Textes und dem Nachweis der Quellen halfen, über den Fürstenspiegel Karls IV.⁴⁴ und veröffentlichte Dokumente zur Geschichte des großen abendländischen Schismas (1385–1395)⁴⁵. Zu seinen naturwissenschaftlichen Fakultätskollegen wie zu Albert Einstein (1879–1955), der vom Sommersemester 1911 an bis Ende Sommersemester 1912 in Prag war, oder mit dem Mathematiker Georg Pick (1859–1942), dem er unter dramatischen Verhältnissen später außerhalb der Fakultät begegnen sollte, hatte Steinherz keine Berührungspunkte. Anders sein Freund Moritz Winternitz (1863–1937), mit dem Einstein ein freundschaftliches Verhältnis pflegte, schon weil eine unverheiratete Schwester von Frau Winternitz, die Klavierlehrerin war, mit Einstein oft musiziert hatte.⁴⁶ Der Sohn Arthur (1893–1961) des ausgezeichneten Sanskritforschers Winternitz, der wie Steinherz fünf Kinder hatte, heiratete die Tochter Anna (1897–1961) von Steinherz. Beiden glückte 1939 die Emigration nach Oxford. Im angeregten, fruchtbaren deutschen Kulturleben von Prag fiel Steinherz nicht auf, seine Arbeiten wurden nur von wenigen Historikern studiert, sie waren für irgendeinen modischen Erfolg nicht geeignet.

Steinherz schien nach mehr als zwanzig Jahren Professorendasein 1922 mit der Wahl (21. Juni) zum Rector magnificus der „Deutschen Universität in Prag“, wie der amtliche Name jetzt lautet, für das Studienjahr 1922/23 eine von den meisten Universitätsprofessoren geschätzte akademische Auszeichnung zu erlangen. Unter wohlwollender Duldung der deutschen Bourgeoisie wurde aber völlig unerwartet von den deutschnationalen und christlichsozialen Studenten, die sich in der deutschvölkischen Studentenschaft als Bande formierten, eine wilde antisemitische Hetzkampagne organisiert, die im Herbst 1922 zu Studentenstreiks und am 15. November 1922 zur Besetzung aller Universitätsgebäude einschließlich des der Deutschen Universität zur Verfügung stehenden Teils des Karolinums, in dem das Rektorat untergebracht war, führte.⁴⁷ Die deutsche und tschechische bürgerliche Presse gab diesen Ereignissen ein wesentlich breiteres Echo als den umfassenden Streikkämpfen der tschechoslowakischen Arbeiterklasse in dieser Zeit wie dem Generalstreik der Bergarbeiter im Februar 1922 oder dem Streik der Metallarbeiter in Prag und Mittelböhmen im Mai 1922. Merkwürdigerweise kommt der altöster-

reichische Historiker Eduard Winter (1896–1982), der sich 1922 an der Prager Theologischen Fakultät habilitiert hatte und die große Hoffnung des nationalen deutschen Katholizismus war, in seinen von ihm herausgegebenen Tagebuchaufzeichnungen nicht auf diese doch sehr aufregenden Ereignisse zu sprechen. Er erinnert sich an Steinherz nicht, gedenkt aber in anerkennenden Worten an Šusta.⁴⁸ Die Vertreter der „Lese- und Redehalle“ protestierten mit Vertretern der „Freien Vereinigung sozialistischer Akademiker“ und des „Vereins jüdischer Mediziner“ beim sozialdemokratischen tschechischen Unterrichtsminister Rudolf Bechyně (1881–1948), der von 1919–1938 stellvertretender Ministerpräsident und ab 1940 Minister der ČSR-Exilregierung war, gegen den antisemitischen Terror. Der kommunistische Studentenbund verbreitete ein Flugblatt der Kommunistischen Partei in der Tschechoslowakei, der Kommunistischen Jugend und der Kommunistischen Studentenfraktion in der Tschechoslowakei „An die gesamte Studentenschaft!“: „Am 15. d. Mts. [1922] haben die Hakenkreuzstudenten die Gebäude der Prager deutschen Universität besetzt. Dieses Vorgehen, dem das Mäntelchen einer Aktion gegen den Rektor umgehängt wurde, trägt offensichtlich Orgeschcharakter. Die militärische Organisation dieser Bande, ihre Verbindung mit reichsdeutschen und österreichischen Monarchisten- und Frontkämpferorganisationen und die Drahtzieher und Arrangeure aus deutsch-böhmischem nationalistischem Lager beweisen dies. [...]“⁴⁹ Die deutschnationalen Studenten mussten nach wenigen Tagen die Universität wieder freigeben. Ihre Gesinnungskumpane in Wien, Innsbruck und Graz hatten sich mit ihnen in von antisemitischen Hetzdeklarationen begleiteten Sympathiestreiks solidarisiert. Im letzten Studentenstreik, der sich auf alle Universitäten der Habsburgermonarchie ausgeweitet hatte, war es noch um die Freiheit der Wissenschaft und des Lehrens gegangen. Konservative und klerikale Kreise hatten damals die Amtsenthebung des Innsbrucker Kanonisten Ludwig Wahrmond (1860–1932) betrieben, weil dieser gegen den „ultramontanen Katholizismus“ und das „Modernistenverbot“ der Katholischen Kirche wiederholt Stellung genommen hatte. Anfang Juni 1908 kam es zu einem Vorlesungsboykott, der erst am 24. Juni beendet wurde, als Wahrmond nach Prag ernannt worden war.⁵⁰ Unterm 29. November 1922 hatte der Vorstand der

Deutschen Studentenschaft der Universität Innsbruck, der alle Studierenden deutscher Abstammung und deutscher Muttersprache repräsentierte, dem Akademischen Senat folgende Eingabe unterbreitet: „*Immer stärker wird der Ein-*



Kleo Pleyer – Organisator des Studentenstreiks gegen Samuel Steinherz.

fluss des Judentums auf den deutschen Hochschulen. Die Wahl eines jüdischen Rektors an unserer ältesten Hochschule – in Prag – ist ein mahndendes Zeichen dieser Gefahr. Wenn auch an unserer Innsbrucker Hochschule bis heute der planmäßige Vorstoß des Judentums noch nicht in Erscheinung getreten ist, so ist es doch unsere Pflicht, uns einmütig hinter die schwer um die Erhaltung des deutschen Charakters ihrer Hochschulen kämpfenden Kommilitonen in Wien und anderen Hochschulstädten zu stellen und sie in der Erlangung jener Mittel zu unterstützen, welche geeignet sind, die drohenden Gefahren abzuwehren. Das Judentum muß an unseren Hochschulen wieder auf jenes Maß zurückgewiesen werden, welches sie als fremdnationale Gäste beanspruchen können. In erster Linie aber muss der Satz Geltung erlangen: „Die deutsche Hochschule deutschen Lehrern und deutschen Studenten!“ In Wien schrie die Deutsche Studentenschaft „Juden hinaus“ und „Deutschland erwache“ und wurde dabei von ihren akademischen Lehrern wie dem Rektor der Wiener Universität des Studienjahres 1922/23 Carl Diener (1862–1928) oder von Wenzeslaus Graf Gleispach (1876–1944), der von 1907 bis 1916 Strafrechtsprofessor in Prag gewesen war, unterstützt.⁵¹ Es ist eigentlich ein Zufall, dass es Steinherz nicht so ergangen ist wie einige Jahre später dem Wie-

ner Philosophieprofessor Moritz Schlick (1882–1936), zu dessen Ermordung „ein durch Rassismus und Intoleranz vergiftetes geistiges Klima“ beigetragen hat, woran eine Gedenkplatte auf der Philosophiestiege der Wiener Universität erinnert. Der um die österreichische Wissenschaftsgeschichte verdiente Physikochemiker Engelbert Broda (1910–1983) stellte diese historische Entwicklung in den historisch materialistischen Zusammenhang der Nachkriegsjahre.⁵²

„Ich bin durch meine Eltern, durch Erziehung und Schulbildung ein Deutscher“

Steinherz hatte sich genötigt gesehen, am 6. Juli 1922 eine Erklärung über sein „Deutschtum“ gegenüber der Presse abzugeben. Sie war hilflos gegenüber den politischen Anforderungen und von vorneherein zum Scheitern verurteilt.⁵³

Erklärung.

Nach einer mir zugegangenen Mittheilung haben die Vertreter der deutsch-österreichischen Studentenschaft gegen meine Wahl zum Rector Protest erhoben, mit der Begründung, dass ich nicht dem deutschen Volke angehöre, dass ich ein bekannter Gegner der Verlegung der Universität sei und daher diese Action durch mich Schaden leiden könnte, endlich dass ich in weiten Kreisen der Studentenschaft ganz unbekannt sei. Diese Behauptungen nötigen mich, folgende Erklärung abzugeben:

Ich bin durch meine Eltern, durch Erziehung und Schulbildung ein Deutscher, habe mich immer als solcher bekannt, und habe niemals auch nur den geringsten Anlass gegeben mein Deutschtum zu bezweifeln. Ich muss daher jede Discussion über diesen Punct ablehnen.

Die Behauptung, dass ich ein Gegner der Verlegung der Universität sei, beruht auf falscher Information. Ich habe, wie die Sitzungsprotocolle unserer (philosophischen) Facultät erweisen, für die Verlegung gestimmt, ich habe jedoch wiederholt eine überstürzte, d.h. nicht gehörig vorbereitete Verlegung als eine Gefahr für die philosophische Facultät bezeichnet, die ohne Bibliothek ganz lahm gelegt wäre. Trotzdem werde ich als Rector in dieser Sache ebenso wie meine Vorgänger genau die Richtlinien einhalten, welche durch die Beschlüsse des akademischen Senats vorgezeichnet sind.

Die Behauptung, dass ich in weiten Kreisen der Studentenschaft ganz unbekannt sei, will ich nicht bestreiten, jedoch zur Erklärung anführen, dass ich seit vielen Jahren meine Zeit und Arbeitskraft

ausschliesslich meiner Lehrthätigkeit und wissenschaftlichen Forschung gewidmet habe. Ob ich dadurch den Interessen unserer Universität und der deutschen wissenschaftlichen Arbeit gedient habe, überlasse ich dem Urteil meiner Collegen und Fachgenossen.

Prag 6. Juli 1922

Steinherz

Nach Streik und wegen der anhaltenden Drohgebärden erklärte Steinherz, der sich nach 1918 für die Verlegung der Deutschen Universität von Prag nach Reichenberg oder Eger ausgesprochen hatte und der die Wahl als Rektor, eine in Prag besonders exponierte Position, entgegen mancher deutschnationaler akademischer Erwartungen angenommen hatte, dem tschechoslowakischen Schulministerium seinen Rücktritt als Rektor, dieses nahm ihn jedoch mit der amtlichen Begründung (26. April 1923) nicht an, dass nach der Verfassung der ČSR alle Bekenntnisse gleichwertig seien: „Deshalb kann ein Jude Rektor sein, besonders, wenn er gewählt und bestätigt ist“.⁵⁴ Nach Ende des Rektorats Steinherz' zog sich der Antisemitismus an der Deutschen Universität vorübergehend wieder hinter die Kulissen zurück. Das hängt vor allem mit der einsetzenden Periode der relativen Stabilisierung des Kapitalismus zusammen. Eine Rolle spielte auch, dass mit Kleo Pleyer (1898–1942), Student der Geschichte, Dichter des Kampfliedes der Nazis („Wir sind das Heer vom Hakenkreuz/Hebt hoch die roten Fahnen!/Der deutschen Arbeit wollen wir/Den Weg zur Freiheit bahnen!“) und nach der Besetzung von Österreich durch Hitlerdeutschland im Rektorat von Steinacker 1939 als Professor der Neuzeit nach Innsbruck geholt, einer der Hauptorganisatoren des Prager Studentenkrawalle nach München gegangen war, um dort insbesondere unter den Studenten für die Nazipartei als einer ihrer herausragenden Redner zu agitieren.⁵⁵ Stefan Zweig (1881–1942) schreibt darüber aus Salzburg (16. November 1923) an Romain Rolland (1866–1944): „Ein Terror, wie die Geschichte nur sehr wenige Beispiele kennt, und natürlich bilden die Studenten, wie immer in Deutschland, die Avantgarde der Reaktion“. Obschon die politische Entwicklung sensibel verfolgend, meint Zweig in völliger Verkenntnis der Tatsachen: „Wir, die wir zehn Minuten von der bayerischen Grenze entfernt leben, schauen auf dieses Meer von Haß wie von einer sicheren Brücke: alle Versuche, die Agitation auf Österreich auszuweiten, sind bis jetzt wirkungslos oder fast wirkungslos geblieben: wir lei-

den nur für unsere Freunde dort“.⁵⁶ Die Wahl des jüdisch deutschnationalen Juristen Ludwig Spiegel (1864–1926), der selbst so aussah wie sich die „Deutschen“ einen Rabbiner vorstellten⁵⁷ und dessen Tochter Käthe Spiegel (1898–1941) eine Schülerin von Steinherz war, im Sommersemester 1926 zum Rektor der Deutschen Universität für das Studienjahr 1926/27 hatten die antisemitischen Teile der Prager Studentenschaft akzeptiert, ja es war von der gesamten deutschen Studentenschaft gelegentlich des Amtsantrittes von Spiegel geplant, ihm offiziell die Glückwünsche und die Ergebenheit der deutschen Studentenschaft auszusprechen.⁵⁸ Es konnte aber schon damals kein Zweifel daran bestehen, dass der Antisemitismus ein propagandistischer Eckpfeiler des Imperialismus war, insbesondere des deutschen Imperialismus.

Hat Steinherz irgendwelche Konsequenzen aus den Auseinandersetzungen um sein Rektorat gezogen? Bislang war seine individuelle Tätigkeit als Historiker in den Staat eingegliedert, stand völlig in der Tradition der Habsburgermonarchie. Aber nicht nur seine Welt war bedroht. Aber von wem? Arthur West (1922–2000) schreibt ein schönes Gedicht *Zeitzeichen*: „Die Zeichen der Zeit sind / durchaus deutbar. / Die Zeichen der Zeit sind also auch durchaus missdeutbar.“ Mit Ende Wintersemester 1927/28 (1. März 1928) wurde Steinherz emeritiert. Die Deutschen Universität richtete ihm zum 70. Geburtstag im Dezember eine schöne akademische Feier aus.⁵⁹ Steinherz blieb wissenschaftlich und wissenschaftsorganisatorisch aktiv. Er ließ sich von den Zionisten nicht direkt rekrutieren, diese hatten am Höhepunkt der Ausschreitungen gegen Steinherz am 24. November 1922 in ihrer seit 1918 von Felix Weltsch (1884–1964), der ein Freund von Franz Kafka (1883–1924) war, geleiteten Wochenzeitung „Selbstwehr. Jüdisches Volksblatt“ in ihrem Leitartikel „Der antisemitische Terror an der Prager deutschen Universität“ geschrieben: „Dem Rektor Steinherz versichern wir unsere persönlichen Sympathien – mag uns auch politisch eine tiefe Kluft trennen“.⁶⁰ In der von der Redaktion der „Selbstwehr“ herausgegebenen Sammelschrift „Das jüdische Prag“ (Prag 1917) war Steinherz wie Ludwig Spiegel nicht vertreten. Steinherz vertiefte den Kontakt zur weltweit tätigen jüdischen Organisation B'nai B'rith („Söhne des Bundes“), die damals in der Tschechoslowakei etwa 1700 Mitglieder in 13 Logen zählte und deren Loge Praga in Prag insbesondere im Kulturbereich

und in sozialen Fragen eine wichtige Rolle in der Prager jüdischen Gemeinde einnahm.⁶¹ Die internationalen Verflechtungen von B'nai B'rith ließen die Option für den Zionismus als Programm einer über den Klassen stehenden jüdischen Gemeinschaft offen. Im Auftrag der Loge Praga gab Steinherz, der wohl schon zuvor Kontakt mit B'nai B'rith hatte, von ihr auch als Mitglied aufgenommen worden war, zum Gedenken ihres 25-jährigen Bestandes das Buch „Die Juden in Prag“ (Prag 1927)⁶² heraus. Steinherz veröffentlichte als Einleitung eine Studie über die Einwanderung der Juden in Böhmen (7–57): „Durch eine Prüfung der uns überlieferten Nachrichten hat sich ergeben, daß die ersten Spuren jüdischer Niederlassung in Böhmen in das 9. Jahrhundert zurückführen, und daß im 10. bereits eine jüdische Gemeinde in Prag anzunehmen ist, welche sich aus West- und Ostjuden (aus Deutschland und dem byzantinischen Reiche) gebildet hatte“ (4). Das von Steinherz redigierte Buch, das die Lücken der bisherigen jüdischen Geschichtsschreibung sehr deutlich gemacht hat, gab den Anstoß für die Organisation der modernen wissenschaftlichen Geschichtsschreibung der Juden in der Tschechoslowakei. Die Loge „Praga“ fasste in ihrer Festversammlung am 9. April 1927 den Beschluss, die Gründung einer „Gesellschaft für Geschichte der Juden in der tschechoslowakischen Republik“⁶³ anzuregen, wozu es, im Einverständnis mit der Tschechoslowakischen Großloge, am 22. April 1928 in einer offiziellen Gründungsversammlung im Sitzungssaal (Neustädter Ružová) der Prager Loge kam. Hauptinitiatoren der Gesellschaft waren Steinherz, Rechtsanwalt Rudolf Eisner und der Prager Großindustriellen Bohumil Stein. Steinherz sprach auf der Gründungsversammlung über Ziele und Zweck der Gesellschaft. Die Satzung der Gesellschaft, deren Ausschussmitglied Steinherz war, orientierte auf die wissenschaftliche Erforschung der Geschichte der Juden in der Tschechoslowakischen Republik und, als ein besonders wichtiger Teil der Arbeit, die Sammlung und Veröffentlichung der Geschichtsquellen. Dann sollte die Gesellschaft die Kenntnis dieser Geschichte durch Veröffentlichungen, Anlegung einer Bücherei und eines Archivs, durch Abhaltung von Vorträgen und Ausschreibung von Wettbewerben für einschlägige historische Arbeiten verbreitern und Forscher auf diesem Gebiete durch Bewilligung von Stipendien und Subventionen fördern. Unausgesprochen blieb die Illusion, mit vernünftigen Wahr-

heiten aus der Geschichte des Judentums, einen Beitrag gegen den um sich greifenden Antisemitismus leisten zu können. Steinherz war als Vorsitzender der Gesellschaft mit der Herausgabe eines „Jahrbuches der Gesellschaft für Geschichte der Juden in der tschechoslovakischen Republik“ beauftragt, das 1929 mit einem I. Jahrgang in deutscher und tschechischer Ausgabe erschien. Mit dem III. Jahrgang musste vom Modus der Doppelausgaben abgegangen werden, die Beiträge tschechischer Autoren wurden dann ins Deutsche übersetzt. Dem Redaktionskomitee gehörten neben Steinherz als Herausgeber Josef Bergl (Staats-Archivar in Prag), Alfred Engel (Professor in Brünn), Guido Kisch (Professor in Halle a. d. Saale), Salomon Hugo Lieben (Professor in Prag) und Bedřich Mendl (Privatdozent in Prag) an. Für Steinherz selbst bedeutete das Jahrbuch einen Fortschritt in seine Tätigkeit als Historiker. Er näherte sich der Auffassung des damaligen tschechoslovakischen Staatspräsidenten Tomáš G. Masaryk (1850–1937) an: „Das, was war, und daß es war, ist ein bequemes Argument für Reaktionäre. Mich interessiert, wie das Gute und das Böse entstanden ist, was es gestern war und was es heute ist. Die Geschichte ist die Magistra vitae, aber wie viele Historiker und welche waren wirkliche Lehrmeister?“⁶⁴ Steinherz hat neben dem Vorwort den Eröffnungsbeitrag über die Kreuzfahrer und Juden in Prag (1096) geschrieben.⁶⁵ Die von Steinherz geleitete Gesellschaft stimulierte Arbeiten zur allgemeinen Geschichte der Juden in Böhmen und Mähren, die zu den „jüdischesten“ Provinzen Österreich-Ungarns zählte.⁶⁶ Der neunte Jahrgang des Jahrbuches erschien 1938, Steinherz schrieb darin über „Sage und Geschichte“ und Nachrufe auf Winternitz, der an seiner Seite Vorstandsmitglied der Gesellschaft für Geschichte der Juden gewesen war, sowie auf den mährischen Landeshistoriographen Berthold Bretholz (1862–1936).⁶⁷ Bretholz⁶⁸, Absolvent des Wiener Instituts, war bekannt durch eine Streitschrift gegen František Palacký (1798–1876) und seine von den Nazis gerne gesehene, aber wegen der „nichtarischen“ Herkunft nur indirekt rezipierten These, die Deutschen in den böhmischen Ländern hätten als Nachkommen der Markomannen und Quaden vor den Slawen gesiedelt.⁶⁹ Von Bretholz ist 1934 eine Geschichte der Juden in Mähren im Mittelalter erschienen, welche die „Historischen Gesellschaft“ herausgab und die auf Forschungen von Steinherz anerkennend Bezug nimmt.⁷⁰

„quod deus avertat“

Am 14. Juni 1896 schreibt Steinherz an seinen Förderer Sichel: „Meine Frau ist ein Wiener Kind, nicht mehr ganz jung, aus diesen und aus allen anderen Gründen so vollständig zu mir passend, dass wir beide munter und vergnügt unsern Lebensweg gemeinsam machen werden, wenn uns nicht das Schicksal (quod deus avertat) zu unsanft anpeckt.“⁷¹ Hat sich Samuel Steinherz die Frage gestellt, weshalb denn sein Gott die kommenden Geschehnisse nicht verhütet hat? Das von Steinherz so geliebte Wiener Institut hatte 1938 dem ersten Heft seines in diesem Jahr unter der Leitung von Wilhelm Bauer (1877–1953) und Otto Brunner (1898–1982) herausgegebenen 52. Band ohne irgendwie dazu gezwungen zu sein die Hymne vorangestellt: „Was seit dem Fall des ehrwürdigen alten Reiches die Besten unter unseren Vorfahren immer wieder ohne Erfolg erstrebt haben, ist durch den entscheidenden Zugriff eines gottbegnadeten Führers, den wir mit Stolz und Freude den unsern nennen dürfen, Wirklichkeit geworden. Österreich ist ins Reich zurückgekehrt.“ Wilhelm Bauer, der „Juden auf den ersten Blick zu erkennen“ meinte,⁷² hat noch in jüngeren Jahren am Beginn seiner akademischen Karriere Steinherz Arbeiten nach Prag geschickt.⁷³ Am 1. Oktober 1938 marschierte die Hitlerwehrmacht in die Sudetengebiete ein. In der Nacht vom 14. zum 15. März 1939 begann die Besetzung der tschechischen Länder und am 16. März 1939 wurden diese von Adolf Hitler auf dem Prager Hradschin als „Protektorat Böhmen und Mähren“ Deutschland direkt angeschlossen. Am 6. Juli 1942 wurde Steinherz mit seiner Frau Sophie nach Theresienstadt deportiert, wo Samuel Steinherz am 16. Dezember 1942 umkam.⁷⁴ Auch andere Mitglieder der Familien Steinherz und Kestel kamen in Theresienstadt ums Leben. Der Anführer des Studentenstreiks gegen Steinherz Kleo Pleyer konnte aber jubeln, nicht mehr nur als Nazi und rassistischer Antisemit, sondern als Europäer: „Der Einbezug des Ostens in den europäischen Lebenskreis kann nur einer Machtorganisation gelingen, die mit monumentalen Begriffen von Zeit und Raum zu arbeiten versteht. Es ist eine Aufgabe nicht nur für Deutschland, es ist eine Aufgabe für das geeinte Europa, an der es alle seine Kräfte üben und bewähren, an der es zusammenwachsen und erstarken kann. [...] ... so wird auf die individualistische Auflösung Europas in gegensätzliche Völker und Völklein,

Staaten und Stätchen eine neue gesamt-europäische Zusammenordnung folgen. Europa hat noch ein großes Leben vor sich. Die europäischen Völker haben sich noch gar nicht ganz entdeckt, geschweige denn ausgeschöpft. Das neue Europa, gegründet auf der Achtung aller Volkheiten voreinander, wird dem gottgeschöpften Leben aller Völker Raum geben“.⁷⁶ Aus den Pressequartieren der Europäischen Union kommt heute eine andere Rhetorik als sie Kleo Pleyer benützt hat. Aus verschiedenen Gründen benötigt sie keinen Antisemitismus. Aber ihre Quelle bleibt der europäische Imperialismus, zu dessen deutscher Propagandaabteilung auch ein Kleo Pleyer gezählt hat. Die verbrecherischen Kriegs- und Kolonisationsoperationen auf dem Balkan, in Afghanistan, in den Ressourcenländern Afrikas oder die Kooperation mit Israel bei den Kriegs- und Besatzungsverbrechen im Nahen Osten von Seiten des geeinten Europas lassen daran keinen Zweifel.

Anmerkungen:

1/ Guido Kisch: Samuel Steinherz. In: *Historia Judaica* 10 (1948), 191–193 (wiederabgedruckt in: Guido Kisch, *Ausgewählte Schriften* 2, Sigmaringen 1979, 445–447); *Encyclopaedia Judaica*, Vol. 15 (Jerusalem 1971), 371; *DBE* 9 (1998), 494; Elena Makarova – Sergej Makarov – Victor Kuperman: *University over the Abyss. The story behind 489 lecturers and 2309 lectures in KZ Theresienstadt 1942–1944*. Jerusalem 2000, 450; Peter Arlt: *Samuel Steinherz (1857–1942)*. Ein Rektor zwischen den Fronten, in: *Monika Glettler-Alena Mísková, Prager Professoren 1938–1948*. Essen 2001, 71–104; *Handbuch österr. Autorinnen und Autoren jüd. Herkunft 18. bis 20. Jh.*, red. Susanne Blumesberger et al., 3 (München 2002), 1315; František Kavka: *Rückblick auf ein halbes Jahrhundert im Dienst an der tschechischen Historiographie*. Praha 2002, 191–195; Fritz Fellner – Doris A. Corradini: *Österreichische Geschichtswissenschaft im 20. Jahrhundert. Ein Biographisch-bibliographisches Lexikon (= Veröffentlichungen der Kommission für Neuere Geschichte* 99). Wien [u. a.] 2006, 394.

2/ Wenzel Žáček: *Eine Studie zur Entwicklung der jüdischen Personennamen in neuerer Zeit*. Jb. f. Geschichte der Juden in der Cechoslovakischen Republik. Hg. von Samuel Steinherz. 8 (1936), 309–398, hier 312 („Andere Namen wieder entstanden nach den Hauszeichen auf den Häusern jüdischer Hausbesitzer (Rotschild, Traube) oder nach den Bezeichnungen verschiedener Tiere (Fuchs, Löwe, Herz-Hirsch, Steinherz-Steinhirsch), mit deren Kennzeichen zuweilen die Schilder oder Türen einzelner jüdischer Häuser versehen waren.“).

3/ So Erich Zöllner in *ÖBL* (4 (1969), 294.

4/ Die Grazer Universitätsbibliothek besitzt das

handschriftliche Exemplar der Steinherz Dissertation (Graz 1881). Frau Bibliothekarin Ute Bergner von der Sondersammlung der UB Graz war so freundlich, mir die Dissertation von Steinherz zu scannen.

5/ UA Graz. Herrn Univ. Prof. Dr. Alois Kernbauer und Frau Sachbearbeiterin Sabine Krammer besten Dank für Kopien!

6/ Ebenda.

7/ Alphons Lhotsky: Geschichte des Instituts für österreichische Geschichtsforschung 1854–1954 (= MIÖG Erg.Bd. 17), Graz–Köln 1954, 184–187; Herr Dr. Paul Herold, Archivar und Bibliothekar des IfÖG, war so freundlich, mir die Institutsakten von Samuel Steinherz und dessen Briefe an Sichel (Sichel-Nachlass) unkompliziert zur Verfügung zu stellen!

8/ www.onb.ac.at/about/nb/hist

9/ 1. Teil. Die Jahre 1342–1358, in: MIÖG VIII (1887), 219–257; 2. Teil. Die Jahre 1358–1373, in: MIÖG IX (1888), 529–637.

10/ MIÖG IX, 637.

11/ Lhotsky, Geschichte des Instituts, 92.

12/ H. von Sybel und Th. von Sichel (Hrsg.): Kaiserurkunden in Abbildungen. Berlin 1891, 461–522 (Lieferung XI.), 463.

13/ Hans Kramer: Das Österreichische Historische Institut in Rom 1881–1941. Denkschrift zu seinem fünfzigjährigen Bestande. Rom 1932, bes. 10 f.

14/ Gerhard Oberkofler – Peter Goller: Alfons Huber. Briefe (1859–1898). Ein Beitrag zur Geschichte der Innsbrucker Historischen Schule um Julius Ficker und Alfons Huber. Innsbruck–Wien 1995, Nr. 156.

15/ MIÖG XIV (1893), 1–86.

16/ UA Wien. Herrn HR Dr. Kurt Mühlberger, Herrn Mag. Thomas Maisel und Herrn Mag. Dr. Johannes Seidl besten Dank für die Bereitstellung der auf Steinherz Bezug nehmenden Archivalien!

17/ Samuel Steinherz [Bearb.]: Nuntiaturlberichte aus Deutschland 1560–1572. Nebst ergänzenden Actenstücken. 1. Bd., Die Nuntien Hosius und Delfino 1560–1561, Wien 1897 (CVII und 452 S.); 3. Bd., Nuntius Delfino 1562–1563, Wien 1903 (LVIII, 552 S.) und 4. Bd., Nuntius Delfino 1564–1565, Wien 1914 (CXXV, 552 S.).

18/ Gerhard Oberkofler: Die geschichtlichen Fächer an der Philosophischen Fakultät der Universität Innsbruck 1850–1945 (= Forschungen zur Innsbrucker Universitätsgeschichte VI). Innsbruck 1969, 102 und 108.

19/ Gerhard Oberkofler – Peter Goller: Geschichte der Universität Innsbruck (1669–1945). 2. A. Frankfurt a. M. 1996, 191.

20/ Kaum glaublich, aber Faktum: Der sehr verdienstvolle Innsbrucker Rechtshistoriker Nikolaus Grass (1913–1999), notiert nach einem Gespräch mit Alfons Maria Kardinal Sticker (1. Juli 1972) in sein Handexemplar „Epochen der Rechtsgeschichte in Deutschland“ (C. H. Beck, München 1967) von Helmut Coing (1912–2000): „Prof. Coing ist ein Jude. Wirkt unsympathisch, sehr distanziert. Sogar seinem berühmten Rassegenossen Stephan Kuttner gegenüber benimmt er sich äußerst kühl und zurückhaltend [...]“. Bibliothek des Nikolaus Grass.

21/ Oberkofler – Goller, 189.

22/ Lhotsky, Institut, 269; Jirí Lach: Josef Šusta 1874–1945. A History of a Life. A Life in History. Olomouc 2003.

23/ Josef Šusta [Bearb.]: Die römische Curie und das Concil von Trient unter Pius IV. Actenstücke zur Geschichte des Concils von Trient. Im Auftrage der Historischen Commission der kaiserlichen Akademie der Wissenschaften. 1. Bd. Wien 1904.

24/ Wilhelm Wühr [Hrsg.]: Ludwig Freiherr von Pastor 1854–1928. Tagebücher – Briefe – Erinnerungen. Heidelberg 1950, 436.

25/ Die Verträge Karl IV. mit den Wittelsbachern zu Eltville im Jahre 1349, in: MIÖG VIII (1887), 103–107; Nochmals die Verträge von Eltville 1349, in: MIÖG VIII (1887), 611–619.

26/ Karl IV. und die österreichischen Freiheitsbriefe. MIÖG IX (1888), 62–81.

27/ Margareta von Tirol und Rudolf IV., in: MIÖG XXVI (1905), 553–611.

28/ Julia Hörmann: Das Registerwesen unter Markgraf Ludwig von Brandenburg in Tirol und Bayern in den Jahren 1342 bis 1352. Phil. Diss. Innsbruck 1998 und Julia Hörmann: Herzog Meinhard III. und seine Geschwister. Überlegungen zur Nachkommenschaft Markgraf Ludwigs von Brandenburg und der Margarethe „Maultasch“, in: Zeitschrift f. bayerische Landesgeschichte 64 (2001), 309–336. S. auch Alphons Lhotsky: Das Nachleben Rudolfs IV. in Tradition und Historiographie. In: Alphons Lhotsky, Aus dem Nachlass. Wien 1976 (= Alphons Lhotsky, Aufsätze und Vorträge V). Wien 1976, 143–156, 149; Wilhelm Baum: Margarete Maultasch. Ein Frauenschicksal im späten Mittelalter. Klagenfurt 2004, 170.

29/ Seine eingehende Besprechung der von Steinherz bearb. Nuntiaturlberichte in MIÖG XIX (1898), 565–572.

30/ Allerunterthänigster Vortrag des treuehormsamsten Ministers für Kultus und Unterricht Dr. Max Ritter Hussarek von Heinlein vom 31. März 1915. AVA Wien. Für die Betreuung im Staatsarchiv danke ich Frau Mag.^a Pia Wallnig.

31/ Die Feier des Achtzigsten Geburtstages von Theodor von Sichel. Als Manuskript gedruckt.

32/ MIÖG VI. Ergänzungsband (1901), 565–574 (Zwei Predigten des Bischofs Musso in Wien 1560).

Neuerscheinungen der Reihe „Quellen & Studien“

Peter Goller: **Marx und Engels in der bürgerlichen Ideologie und in der sozialistischen Theorie. Gesammelte Studien.** Wien: Verlag der Alfred Klahr Gesellschaft 2007 (Quellen & Studien, Sonderband 7), 336 S., 17.– Euro

Im vorliegenden Band wird die an den Universitäten knapp vor 1900 einsetzende Auseinandersetzung mit Marx und Engels beschrieben. In den sozialistischen, marxistischen Theorieorganen wurde diese bürgerliche Marx-Engels-Adaption scharfer Kritik unterzogen, so von Franz Mehring, Rosa Luxemburg oder von Georg Lukács. Dieser sozialistischen Kritik ist der zweite Teil des Bandes gewidmet.

Manfred Mugrauer (Hg.): **Öffentliches Eigentum – eine Frage von Gestern? 60 Jahre österreichische Verstaatlichungsgesetzgebung.** Wien: Verlag der Alfred Klahr Gesellschaft 2007 (Quellen & Studien, Sonderband 8), 204 S., 10.– Euro



1946 beschloss der Nationalrat mit den Stimmen von ÖVP, SPÖ und KPÖ das 1. Verstaatlichungsgesetz, mit dem die Schlüsselindustrien und österreichischen Großbanken verstaatlicht wurden. 1947 wurde die gesamte Elektrizitätswirtschaft in staatlichen Besitz überführt. Heute sind von den Verstaatlichungen nur noch marginale Reste in Form von ÖIAG-Beteiligungen an börsennotierten Unternehmen wie AUA, OMV, Post AG und Telekom Austria übrig geblieben.

Die Alfred Klahr Gesellschaft nahm den 60. Jahrestag des 1. Verstaatlichungsgesetzes zum Anlass, vor dem Hintergrund der seit 1987 währenden Reprivatisierungswelle die Aktualität von öffentlichem Eigentum in staatlicher und kommunaler Hand zu diskutieren. Der vorliegende Band vereint Statements und Referate dieser Konferenz mit weiteren Beiträgen und Dokumenten zum Thema.



Bestellungen an:

ALFRED KLAHR GESELLSCHAFT, Drechslergasse 42, 1140 Wien
FAX: (+43–1) 982 10 86/18, klahr.gesellschaft@aon.at

- 33/ Harold Steinacker: Theodor Sickel. Sonderabdruck aus dem Bereich des Vereines Deutscher Historiker in Wien XVII. und XVIII. Vereinsjahr. Mit einem bibliographischen Anhang. Wien 1907.
- 34/ Hans Lemberg: Der Verein für Geschichte der Deutschen in Böhmen im 20. Jahrhundert. In: Ferdinand Seibt [Hrsg.]: Vereinswesen und Geschichtspflege in den böhmischen Ländern. Vorträge der Tagungen des Collegium Carolinum in Bad Wiessee. München 1986, 209–230.
- 35/ Mitteilungen des Vereines für Geschichte der Deutschen in Böhmen XXXIX (1901), 477 und ebenda XLIII (1905), 140.
- 36/ Mitteilungen des Vereines für Geschichte der Deutschen in Böhmen LIX (1921), 169–172.
- 37/ Josef Hemmerle: Die Gesellschaft zur Förderung Deutscher Wissenschaft, Kunst und Literatur in Böhmen. In: Ferdinand Seibt [Hrsg.], Vereinswesen, 231–247.
- 38/ Die feierliche Inauguration des Rektors der k. k. Deutschen Karl-Ferdinands-Universität in Prag f. d. Studienj. 1915/16, Prag 1916, 38–48; Steinherz schrieb auch einen Nachruf auf Bachmann in: Deutsche Arbeit 15 (1915/16), 445–451.
- 39/ Handschriftenabteilung der ÖNB Wien. Herrn HR Dr. Ernst Gamillscheg besten Dank!
- 40/ Heinrich Ritter von Srbik: Die wissenschaftliche Korrespondenz des Historikers 1912–1945 (= Deutsche Geschichtsquellen des 19. und 20. Jahrhunderts 55). Boppard am Rhein 1988, 134.
- 41/ Brief vom 30. Dezember 1919. Ebenda, 144–146, 146.
- 42/ Berichte der deutschen Universität in Prag über das Studienjahr 1921/22, 13–78.
- 43/ Josef Hemmerle, Die Gesellschaft, 241.
- 44/ Quellen und Forschungen aus dem Gebiete der Geschichte. Hg. von der Historischen Kommission der Deutschen Gesellschaft der Wissenschaften und Künste für die Tschechoslowakische Republik. 3. Heft. Prag 1925.
- 45/ Quellen und Forschungen aus dem Gebiete der Geschichte. Hg. von der Historischen Kommission der Deutschen Gesellschaft der Wissenschaften und Künste für die Tschechoslowakische Republik. 11. Heft. Prag 1932.
- 46/ Armin Hermann: Einstein. Der Weltweise und sein Jahrhundert. Eine Biographie. München-Zürich 1994, 182 f.
- 47/ Wolfgang Wolfram von Wolmar: Prag und das Reich. 600 Jahre Kampf deutscher Studenten. Dresden 1943, 487–495 (Kapitel „Studenten kämpfen gegen jüdischen Rektor“).
- 48/ Eduard Winter: Mein Leben im Dienst des Völkerverständnisses. Nach Tagebuchaufzeichnungen, Briefen, Dokumenten und Erinnerungen. Band 1. Berlin 1981; Gerhard Oberkofler [Hrsg.]: Eduard Winter. Erinnerungen (1945–1976). Frankfurt a. M. [u. a.] 1994.
- 49/ Abgedruckt bei Wolmar, 493.
- 50/ Oberkofler – Goller, Geschichte der Universität Innsbruck, 164 f.
- 51/ Helge Zoitl: „Student kommt vom Studieren!“ Zur Geschichte der sozialdemokratischen Studentenbewegung in Wien (= Materialien zur Arbeiterbewegung Bd. 62). Wien–Zürich 1992, 320–327 („Herbstkrawalle 1922 oder der „Fall Steinherz““); Wolfgang Lamsa: Der Siegfriedskopf. In: Siegfrieds Köpfe. Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus an der Universität. Context XXI, 104–110.
- 52/ Engelbert Broda: Wissenschaft, Emigration und Exil. Reflexionen und Erinnerungen. In: Friedrich Stadler [Hrsg.], Vertriebene Vernunft II. Emigration und Exil österreichischer Wissenschaft. Wien–München 1988, 681–692, 682; Eduard Rabofsky – Gerhard Oberkofler: Verborgene Wurzeln der NS-Justiz. Wien [u. a.] 1985.
- 53/ Frau Mgr. Jana Ratajová hat freundlicherweise die deutschen Akten im Archiv der Karlsuniversität Prag über Steinherz zur Verfügung gestellt.
- 54/ Arlt, 96.
- 55/ Ernst Deuerlein (eingeleitet und herausgegeben von): Der Hitler-Putsch. Bayerische Dokumente zum 8./9. November 1923 (= Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte 9). Stuttgart 1962, 554 f.; Guido Kisch: Der Lebensweg eines Rechtshistorikers. Erinnerungen. Sigmaringen 1975, 82; ÖBL 8 (1983), 126 f. (G. Oberkofler); NDB 20 (2001), 541 f. (Hermann Weiß).
- 56/ Romain Rolland – Stefan Zweig. Briefwechsel 1910–1940. Erster Band 1910–1923. Berlin 1987, 769 f.
- 57/ Klaus Wagenbach: Franz Kafka. Biographie seiner Jugend. Berlin 2006, 128.
- 58/ Gerhard Oberkofler: Käthe Spiegel. Aus dem Leben einer altösterreichischen Historikerin und Frauenrechtlerin in Prag. Innsbruck–Wien 2005.
- 59/ Bohemia 8. Dezember 1927.
- 60/ Selbstwehr XVI. Jahrgang, Nr. 47 vom 24. Nov. 1922 (OeNB).
- 61/ Ctibor Rybár: Das jüdische Prag. [Prag] 1991, 111 (mit Nennung von Steinherz).
- 62/ Beiträger sind neben Steinherz Anton Blaschka (Die jüdische Gemeinde zu Ausgang des Mittelalters), S. H. Lieben (Der hebräische Buchdruck in Prag im 16. Jahrhundert), Käthe Spiegel (Die Prager Juden zur Zeit des dreißigjährigen Krieges) und J. Bergl (Die Ausweisung der Juden aus Prag im Jahre 1744).
- 63/ Helmut Teufel: Die „Gesellschaft für Geschichte der Juden in der Cechoslowakischen Republik“. In: Ferdinand Seibt [Hrsg.], Vereinswesen, 249–264.
- 64/ Karel Čapek – Gespräche mit Masaryk. Mindelheim 1990, 116.
- 65/ Jahrbuch der Gesellschaft für Geschichte der Juden in der Čechoslov. Republik. I. Jahrgang. Herausgegeben von Prof. Dr. Samuel Steinherz. Prag 1929. Kommissions-Verlag Dr. Josef Flesch. Beitrag Steinherz 1–32.
- 66/ Vgl. dazu Eveline Brugger u.a.: Geschichte der Juden in Österreich (= Österreichische Geschichte, hg. von Herwig Wolfram). Wien 2006.
- 67/ Jahrbuch etc., Neunter Jahrgang. In Kommission bei Taussig u. Taussig Verlagsbuchhandlung in Prag, Prag 1938, 171–198, 463 und 464.
- 68/ Handbuch österreichischer Autorinnen und Autoren jüdischer Herkunft 1 (2002), 165.
- 69/ Christiane Brenner: Die „Sudetendeutsche Geschichtsschreibung“ 1918–1960. Bohemia 45 (2004), 203–213, 205.
- 70/ Bertold Bretholz: Geschichte der Juden in Mähren im Mittelalter. Erster Teil. Bis zum Jahre 1350. Veröffentlicht mit Unterstützung der Gesellschaft für Geschichte der Juden in der czechoslowakischen Republik [nur dieser 1. Teil erschienen]. Brünn [u. a.] 1934.
- 71/ Archiv des IFOG.
- 72/ Manfred Stoy: Aus dem Briefwechsel von Wilhelm Bauer. Teil I. MIÖG 108 (2000), 376–398, 378.
- 73/ Archiv der ÖAdW. Herrn Dr. Stefan Sienell besten Dank!
- 74/ Makarova/Makarov/Kupermann, University, 450.
- 75/ DÖW – Opferdatenbank.
- 76/ Kleo Pleyer: Volk im Feld. Hamburg 1943, 206–250, 226 und 239.

Im StudienVerlag (Innsbruck, Wien, Bozen) wird im Herbst 2007 von Gerhard Oberkofler eine umfassende Biographie von Samuel Steinherz erscheinen.



Neuerscheinungen

Claudia Kuretsidis-Haider: „Das Volk sitzt zu Gericht“. Österreichische Justiz und NS-Verbrechen am Beispiel der Engerau-Prozesse 1945–1954. Innsbruck, Wien, Bozen: Studien-Verlag 2006, 496 S., 53.– Euro

Manfred Mugrauer: Die Politik der KPÖ in der Provisorischen Regierung Renner. Innsbruck, Wien, Bozen: Studien-Verlag 2006, 393 S., 38.– Euro

Heimo Halbrainer/Claudia Kuretsidis-Haider (Hg.): Kriegsverbrechen, NS-Gewaltverbrechen und die europäische Straffjustiz von Nürnberg bis Den Haag. Graz: Clio 2007, 320 S., 25.– Euro





Alfred Klahr Gesellschaft

Verein zur Erforschung der Geschichte der Arbeiterbewegung

15. Juli 1927

Das Polizeimassaker vor dem Justizpalast



Univ.-Prof. Dr. **Hans Hautmann** (Institut für Neuere und Zeitgeschichte, Universität Linz):
Klassenjustiz in der Ersten Republik

Dr. **Winfried R. Garscha** (Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes):
Der Schattendorf-Prozess

Dr. **Wolfgang Maderthaler** (Verein für Geschichte der Arbeiterbewegung):
Der Tag des Feuers – die Ereignisse des 15. Juli 1927

14. Juni 2007, 19.00

Café Rathaus, Extrazimmer, Landesgerichtsstraße 5, 1080 Wien

Podiumsdiskussion und Symposium „Österreich auf dem Weg in Militärbündnisse?“

28./29. September 2007, Graz

Freitag, 28. September 2007, 19.00
Gotische Halle, Sackstraße 18

Podiumsdiskussion:

Univ.-Prof. Dr. **Heinz Gärtner** (Österr. Institut für Internationale Politik)
Ernest Kaltenecker (KPÖ Steiermark)
BM a.D. **Erwin Lanc** (International Institute for Peace)
Hon.-Prof. DDr. **Erich Reiter** (Internationales Institut für Liberale Politik)
Univ.-Prof. Dr. **Thomas Schönfeld** (Österreichischer Friedensrat)
Moderation: Dr. **Walther Leeb** (Präsident der Alfred Klahr Gesellschaft)

Samstag, 29. September 2007,
10.00–17.30, Saal des KPÖ-Bildungsvereins Steiermark, Lagergasse 98a

Symposium:

Dr. **Franz Leidenmühler** (Institut für Europarecht der Universität Linz):
Das dauernd neutrale Österreich als Mitglied einer Europäischen Union auf dem Weg zum Verteidigungsbündnis – Die rechtliche Dimension

Mag. **Gerald Oberansmayr** (Werkstatt Frieden & Solidarität, Linz):
Auf dem Weg zur Supermacht – Die Militarisierung der Europäischen Union

Dr. **Manfred Sauer** (Wien):
Die Entwicklung der österreichischen Sicherheits- und Militärpolitik seit dem EU-Beitritt

Univ.-Prof. Dr. **Thomas Schönfeld** (Österreichischer Friedensrat, Wien):
Militarisierung zerstört Neutralität



Mag. **Ulrike Koushan** (Werkstatt Frieden & Solidarität, Salzburg):
„Und sie bewegt sich doch!“ – Die österreichische Friedensbewegung und der Wandel von Österreichs Neutralitätspolitik zur offensiven EU-Sicherheitspolitik

Dipl.-Päd. **Veronika Rochhart** (Steirische Friedensplattform, Graz):
Die Aktivitäten der Steirischen Friedensplattform gegen die Militarisierung der EU unter Beteiligung des neutralen Österreich

Mitteilungen der ALFRED KLAHR GESELLSCHAFT

Herausgeber und Medieninhaber:
ALFRED KLAHR GESELLSCHAFT
Präsident: Dr. Walther Leeb
Mitarbeiter dieser Ausgabe: Hans Hautmann, Gerald Oberansmayr, Gerhard Oberkofler
Layout: Manfred Mugrauer
Adresse: Drechslergasse 42, 1140 Wien
Tel.: (+43-1) 982 10 86
FAX: (+43-1) 982 10 86 DW 18
e-mail: klahr.gesellschaft@aon.at
Internet: www.klahrgesellschaft.at
Vertragsnummer: GZ 02 Z 030346 S
P.b.b., Verlagspostamt 1140 Wien

Anton Hofer 80 Jahre

Am 1. Juni 2007 feiert Anton Hofer seinen 80. Geburtstag. Als Vorsitzender der Gewerkschaftlichen Einheit seit 1969 und des Gewerkschaftlichen Linksblocks von 1974 bis 1989, als niederösterreichischer Arbeiterkammerrat und Mitglied der Leitung



des Weltgewerkschaftsbundes, als Bezirkssekretär der KPÖ in Mistelbach und Gänserndorf sowie als Mitglied

des Zentralkomitees und Politbüros der KPÖ 1970–1990 standen für ihn die Anliegen der arbeitenden Menschen stets im Mittelpunkt seines Wirkens. Er unterstützte die Gründung der ALFRED KLAHR GESELLSCHAFT im Jahr 1993 und gehörte ihr als Vorstandsmitglied bis zu seinem auf eigenen Wunsch erfolgten Ausscheiden im Jahr 2005 an. Der Vorstand der AKG schätzte seine klugen, aus einer reichen politischen Lebenserfahrung gespeisten Ratschläge sehr und ist ihm dafür zu Dank verpflichtet. Wir wünschen Anton Hofer zu seinem 80er alles Gute und viele weitere Jahre in Gesundheit und Schaffenskraft.

KPÖ BILDUNGSVEREIN
www.kpoe-steiermark.at

Alfred Klahr Gesellschaft
Verein zur Erforschung der
Geschichte der Arbeiterbewegung